



Global Network
on Extremism & Technology

Frauen, Frieden und Sicherheit online: Gender-Mainstreaming in Reaktionen auf Online-Extremismus

Alexis Henshaw

*GNET ist ein Sonderprojekt des International Centre
for the Study of Radicalisation, King's College London.*

*Die Autorin dieses Berichts ist
Alexis Henshaw.*

Das Global Network on Extremism' Technology (GNET) ist eine akademische Forschungsinitiative mit Unterstützung des Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT), einer unabhängigen, aber von der Wirtschaft finanzierte Initiative mit dem Ziel, die Nutzung von Technologie für terroristische Zwecke besser zu verstehen und einzudämmen. GNET wird einberufen und geleitet vom International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), einem akademischen Forschungszentrum innerhalb des Department of War Studies am King's College London. Die in diesem Dokument enthaltenen Ansichten und Schlussfolgerungen sind den Autoren zuzuschreiben und sollten nicht als die ausdrücklichen oder stillschweigenden Ansichten und Schlussfolgerungen von GIFCT, GNET oder ICSR verstanden werden.

KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **[@GNET_research](https://twitter.com/GNET_research)**

Wie alle anderen GNET-Publikationen kann auch dieser Bericht kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.

© GNET

Kurzfassung

In Diskussionen über Extremismus und Technologie wurde die Relevanz von Geschlecht zwar anerkannt, aber noch nicht umfassend ausgeschöpft. Der vorliegende Bericht beleuchtet nun die Frage, wie geschlechtsspezifische Rahmenwerke, dabei insbesondere die globale Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit, zu einem besseren Verständnis dieser Themen herangezogen werden können.

Ein entscheidender Aspekt dieser Analyse ist die Einbeziehung von Prinzipien der feministischen Sicherheitsforschung – ein Unterbereich, der internationale Beziehungen, Sicherheits- und Geschlechterforschung miteinander verbindet. Die in diesem Bereich erarbeiteten Prinzipien sind für Wissenschaft und Praxis gleichermaßen relevant. Dazu gehören unter anderen die Notwendigkeit, ein weit gefasstes Verständnis von „Gewalt“ zu entwickeln, die Betrachtung der Frage, wie Geschlecht mit anderen gesellschaftlichen Hierarchien verflochten ist, Skepsis hinsichtlich der Rollen staatlicher Akteure und die Befürwortung zivilgesellschaftlicher Mitwirkung sowie ein Verständnis der Verstrickungen sicherheits- und entwicklungsbezogener Themen.

Anhand dieser Prinzipien werden im vorliegenden Bericht drei Trends bei der extremistischen Verwendung von Technologie betrachtet, die eine deutliche geschlechtsspezifische Dimension besitzen. Erstens wird untersucht, wie Extremisten sich Technologie zunutze machen, um direkt körperliche und sexuelle Gewalt gegen Frauen und andere marginalisierte Gruppen zu begünstigen. Zweitens werden geschlechtsspezifische Muster der Online-Rekrutierung durch extremistische Organisationen betrachtet. Drittens geht der Bericht auf das neue Problem der semiotischen Gewalt im Internet ein und untersucht die unterschiedlichen Arten, wie extremistische Gruppen auf Online-Plattformen ihr Ziel verfolgen, Frauen zum Schweigen zu bringen oder zu diskreditieren. Insgesamt kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass ein fortgesetzter Dialog über Extremismus und Technologie aus der Geschlechterperspektive von großem Nutzen sein kann, wobei die Entwicklung eines solchen Ansatzes allerdings sowohl politischen Willen als auch verantwortliches Engagement erfordert.

Inhalt

Kurzfassung	1
<hr/>	
1. Einleitung	5
<hr/>	
2. Anwendungen für feministische Forschung im digitalen Raum	7
<hr/>	
3. Geschlechtsspezifische Verwendung von Technologie durch extremistische Gruppen	11
<hr/>	
Begünstigung physischer und sexueller Gewalt	11
Die Rekrutierung von Frauen durch extremistische Gruppen	13
Semiotische geschlechtsspezifische Gewalt	16
<hr/>	
4. Gender-Mainstreaming in Reaktionen auf Online-Extremismus	19
<hr/>	
Die politische Landschaft	21
<hr/>	

1. Einleitung

Im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte wurde im Rahmen des Gender-Mainstreaming versucht, die Zusammenhänge zwischen Geschlecht und internationaler Sicherheit zu verdeutlichen. Die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit wurde im Jahr 2000 mit der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und später durch neun zusätzliche Resolutionen erweitert. Die Agenda befasst sich spezifisch mit dem Status von Frauen in vier Bereichen, den sogenannten Säulen: Schutz, Prävention, Soforthilfe und Wiederaufbau sowie Teilhabe von Frauen an entsprechenden Prozessen.

Die Relevanz von Geschlecht im digitalen Raum, vor allem im Zusammenhang mit Extremismus und Technologie, wurde zwar anerkannt, aber noch nicht umfassend ausgeschöpft. Beispielsweise rufen Dokumente wie der Resolution 2354 (2017) des UN-Sicherheitsrats und der „Umfassende internationale Rahmen zur Bekämpfung terroristischer Narrative“ (S/2017/375) des UN-Ausschusses für Terrorismusbekämpfung dazu auf, der Geschlechterfrage Aufmerksamkeit zu schenken; Initiativen von UN Women haben Gewalt gegen Frauen untersucht, die entweder online stattfindet oder durch Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ermöglicht wird. Allerdings befasst sich keine der aktuellen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zur Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit direkt mit ihrer Anwendung im digitalen Raum. Eine Analyse nationaler Aktionspläne zur Agenda, die von UN-Mitgliedsstaaten ausgearbeitet wurden, legt zudem nahe, dass den geschlechtsspezifischen Aspekten von Extremismus und Radikalisierung seit 2015 zwar mehr Aufmerksamkeit zukommt, aber nur wenige Staaten sich in ihren Umsetzungsstrategien direkt mit Themen rund um Technologie oder Cybersicherheit beschäftigen.¹

Bemühungen, die Agenda in den digitalen Raum zu bringen, können durch eine Reihe von Faktoren beeinträchtigt werden. Erstens werden relevante Aspekte, wie die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern, oft zu eng ausgelegt, als Entwicklungsthemen definiert und dann in Isolation betrachtet.² Zweitens wird nicht das gesamte Spektrum der Gewalt gegen Frauen in den Blick genommen, wodurch sich Agenda-Initiativen auf bestimmte Formen von Schaden konzentrieren, wie z. B. Gewalt in fragilen und konfliktbetroffenen Staaten. Drittens geraten Versuche, den globalen Ordnungsrahmen zu erweitern, eventuell in Konflikt mit geopolitischen Bemühungen, die nationale Hoheit über den Cyberspace auszudehnen.³ Nicht zuletzt sollte die Unterrepräsentanz von Frauen im Technologiesektor berücksichtigt

1 Caitlin Hamilton und Laura J. Shepherd (2020), WPS National Action Plans: Content Analysis and Data Visualisation, v2. Online, unter <https://www.wpsnaps.org/>.

2 Siehe z. B. die Diskussion über ungleichen digitalen Zugang der Geschlechter im Zusammenhang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung. EQUALS/UNU, „Taking Stock: Data and Evidence on Gender Equality in Digital Access, Skills, and Leadership“ (New York, NY: Vereinte Nationen, 2019), S. 9.

3 Milton L. Mueller (26. November 2020), „Against Sovereignty in Cyberspace“, *International Studies Review* Band 22, Nr. 4: S. 779–801, <https://doi.org/10.1093/isr/viz044>.

werden, denn dies führt zu Ergebnissen, die die Art und Weise, wie Frauen mit Technologie interagieren, nicht vollständig erfassen.⁴

Der Bericht ist wie folgt aufgebaut: Zunächst erörtere ich in Anlehnung an die feministische Forschung geeignete Prinzipien, nach denen sich Extremismus und Technologie aus geschlechtsspezifischer Perspektive betrachten lassen. Als Nächstes führe ich aktuelle Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt und Rekrutierung durch Extremisten an, um so einen Einblick in die Anwendung dieses Ansatzes zu geben. Abschließend kommentiere ich mögliche Herangehensweisen an das Gender-Mainstreaming in diesem Bereich. Durchweg vertrete ich dabei den Standpunkt, dass die in diesem Bericht erörterten Themen sich mit jeder Säule der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit überschneiden und die Grundlage für einen zukünftigen Dialog bilden.

4 Soraya Chemaly (2016), „The Problem with a Technology Revolution Designed Primarily for Men“, Quartz, <https://qz.com/640302/why-is-so-much-of-our-new-technology-designed-primarily-for-men/>.

2. Anwendungen für feministische Forschung im digitalen Raum

Feministische Sicherheitsstudien (FSS) bieten einen nützlichen Rahmen für die Beschäftigung mit Fragen rund um Geschlecht und Extremismus im Internet. Die FSS entstanden in den frühen 2000er Jahren und sind an der Schnittstelle zwischen internationalen Beziehungen, Sicherheits- und Geschlechterforschung angesiedelt.⁵ Wissenschaftler*innen in diesem Feld betrachten Forschung und Praxis generell als ineinander greifende Bereiche, wobei die akademische Forschung einerseits auf der gelebten Erfahrung der Sicherheit beruht und diese andererseits beeinflusst.⁶

Die FSS umreißen mehrere Prinzipien, die sich auf die geschlechtsspezifische Analyse von Extremismus und Technologie anwenden lassen. Dazu gehören die folgenden:

1. *Die Notwendigkeit für ein weit gefasstes Verständnis von „Gewalt“.* Feministische Forschung bezieht sich auf die Vorstellung von Gewalt als ein Kontinuum über die physischen Taten und den eigentlichen Konfliktbereich hinaus.⁷ So kategorisiert Krook beispielsweise Gewalt gegen Frauen in der Politik anhand von fünf Dimensionen: physisch, psychologisch, wirtschaftlich, semiotisch und sexuell. Auf Grundlage dieser Typologie lässt sich feststellen, dass die Resolutionen zur Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit physische und sexuelle Gewalt gegen Frauen sowie den daraus resultierenden psychologischen Schaden klar in den Fokus gerückt haben. Sie beinhalten zudem Bemühungen, durch Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen die wirtschaftlichen Aspekte anzugehen. Semiotische Gewalt – d. h. Gewalt, die darauf abzielt, Frauen durch Worte, Gesten oder Bilder zum Schweigen zu bringen oder handlungsunfähig zu machen – ist eine eigenständige Form von Schaden, die im Internet floriert.⁸ Semiotische Gewalt im Online-Raum bringt neue und spezifisch digitale Formen von Gewalt gegen Frauen hervor, darunter Rachepornos, „Upskirting“ und die Erstellung synthetischer oder „Deepfake“-Pornografie.⁹

5 Laura Sjoberg (2016), „What, and Where, Is Feminist Security Studies?“, *Journal of Regional Security* Band 11, Nr. 2: S. 143–16; Maria Stern und Annick Wibben (2014), „A Decade of Feminist Security Studies Revisited“, *Security Dialogue*, Nr. Special Virtual Issue: S. 1–6; Christine Sylvester (2010), „Tensions in Feminist Security Studies“, *Security Dialogue* Band 41, Nr. 6: S. 607–14; Annick T. R. Wibben (2. Oktober 2014), „Researching Feminist Security Studies“, *Australian Journal of Political Science* Band 49, Nr. 4: S. 743–55.

6 Bina D’Costa und Katrina Lee-Koo (2013), „The Politics of Voice: Feminist Security Studies and the Asia-Pacific“, *International Studies Perspectives* Band 14, Nr. 4: S. 451–4; S. Laurel Weldon, „Inclusion and Understanding: A Collective Methodology for Feminist International Relations“, in *Feminist Methodologies for International Relations*, Brooke A. Ackerly, Maria Stern und Jacqui True (Hg.), 1. Aufl. (Cambridge University Press, 2006); Wibben, „Researching Feminist Security Studies“.

7 Cynthia Cockburn, „A Continuum of Violence: Gender, War and Peace“, in *The Criminology of War*, Ruth Jamieson (Hg.) (Routledge, 2017), K. 18; Feminism and Nonviolence Study Group, „Piecing It Together: Feminism and Nonviolence“ (Feminism and Nonviolence Study Group, 1983), <https://wri-irg.org/en/story/2010/piecing-it-together-feminism-and-nonviolence>.

8 Mona Lena Krook, *Violence against Women in Politics*, 1. Aufl. (New York: Oxford University Press, 2020).

9 Krook; Clare McGlynn, Erika Rackley und Ruth Houghton (2017), „Beyond ‘Revenge Porn’: The Continuum of Image-Based Sexual Abuse“, *Feminist Legal Studies* Band 25, Nr. 1: S. 25–46; UN Women, „Online and ICT* Facilitated Violence against Women and Girls during COVID-19“ (New York: UN Women, 2020), <https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2020/brief-online-and-ict-facilitated-violence-against-women-and-girls-during-covid-19-en.pdf?la=en&vs=2519>.

2. *Die Notwendigkeit, die Verflechtung von Geschlecht mit anderen gesellschaftlichen Hierarchien zu verstehen.* FSS-Forschung warnt vor Universalismus, also der Annahme, dass alle Frauen Unterdrückung auf die gleiche Weise erleben und dass deshalb die gleichen Lösungen überall Abhilfe schaffen können.¹⁰ Studien haben gezeigt, dass Frauen aus marginalisierten Gruppen mit höherer Wahrscheinlichkeit Missbrauch und Bedrohungen im Internet erleben als andere.¹¹ Ferner deuten Forschungsergebnisse darauf hin, dass Online- und IKT-Gewalt gegen Frauen kulturell unterschiedliche Formen annimmt.¹² Transgender- oder nicht-binäre Personen erleben Online-Missbrauch ebenfalls häufiger und auf spezifische Weise.¹³ Zusammengenommen sprechen diese Ergebnisse für die Notwendigkeit eines intersektionalen Ansatzes, der die Wechselbeziehungen zwischen Geschlecht und anderen sozialen Hierarchien berücksichtigt.

3. *Skepsis hinsichtlich der Rolle des Staates und die Forderung nach einer stärkeren zivilgesellschaftlichen Mitwirkung.* Die in diesem Bericht erörterten Beispiele zeigen die von extremistischen Gruppen verursachten Probleme auf, wobei die FSS jedoch davon ausgehen, dass staatliche Maßnahmen nicht die beste Lösung sind. Die Forschung in diesem Bereich unterstreicht das Potenzial für den Missbrauch technologischer Mittel durch staatliche Akteure. Online-Überwachung und Zensur werden in mehreren Ländern zur Verfolgung von Frauen und LGBTQ-Aktivistinnen eingesetzt.¹⁴ Einigen Staaten wird zudem vorgeworfen, geschlechtsspezifische Online-Belästigungskampagnen gegen Journalistinnen unterstützt zu haben.¹⁵ In diesem Zusammenhang gilt die Einbindung der Zivilgesellschaft als wichtiger Schutz gegen Missbrauch, und die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats rufen immer wieder dazu auf, zivilgesellschaftliche Akteure als Partner in die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit einzubeziehen.¹⁶ Obwohl jüngste Analysen nationaler Aktionspläne zeigen, dass Länder oft keine robusten Rahmen für eine solche Einbindung schaffen,¹⁷ sollten etablierte Rahmenwerke zur Agenda die aktive Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen fördern, die sich für digitale Rechte sowie die Untersuchung von Gewalt gegen Frauen über das Internet und IKT einsetzen.

10 Anne Sisson Runyan und V. Spike Peterson, *Global Gender Issues in the New Millennium*, 4. Aufl. (Boulder, CO: Westview Press, 2013).

11 Amnesty International (2018), „Toxic Twitter – A Toxic Place for Women“ (London: Amnesty International), <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2018/03/online-violence-against-women-chapter-1/>; Nina Jankowicz et al. (2021), „Malign Creativity: How Gender, Sex, and Lies Are Weaponized Against Women Online“ (Washington D.C.: The Wilson Center), https://www.wilsoncenter.org/publication/malign-creativity-how-gender-sex-and-lies-are-weaponized-against-women-online?utm_medium=social&utm_source=twitter.com&utm_campaign=wilson; Dubravka Šimonović (2018), „Report of the Special Rapporteur on Violence against Women, Its Causes and Consequences on Online Violence against Women and Girls from a Human Rights Perspective“ (New York: United Nations).

12 Nithya Sambasivan et al. (2019), „They Don’t Leave Us Alone Anywhere We Go’: Gender and Digital Abuse in South Asia“ (CHI Conference on Human Factors in Computing Systems Proceedings, Glasgow, Schottland, Vereinigtes Königreich), <https://www.classes.cs.uchicago.edu/archive/2020/winter/20370-1/readings/GenderSouthAsia.pdf>.

13 Amnesty International, „Toxic Twitter“; Women’s Media Center (o. D.), „Online Abuse 101“, <https://womensmediacenter.com/speech-project/online-abuse-101>.

14 Leta Hong Fincher, *Betraying Big Brother: The Feminist Awakening in China* (Verso, 2018); Human Rights Watch (8. Oktober 2019), „Russia Censors LGBT Online Groups“, Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/news/2019/10/08/russia-censors-lgbt-online-groups>; Joy Onyesoh, Madeleine Rees und Catia C. Confortini, „Feminist Challenges to the Co-Optation of WPS: A Conversation with Joy Onyesoh and Madeleine Rees“, in *New Directions in Women, Peace and Security*, Soumita Basu, Paul Kirby und Laura J. Shepherd (Hg.), 1. Aufl. (Policy Press, 2020), S. 233–45; Madeleine Rees und Christine Chinkin (21. März 2019), „How New Technologies Are Violating Women’s Rights in Saudi Arabia“, *LSE Women, Peace and Security Blog* (Blog), <https://blogs.lse.ac.uk/wps/2019/03/21/how-new-technologies-are-violating-womens-rights-in-saudi-arabia/>.

15 Jankowicz et al., „Malign Creativity“.

16 Hamilton, Naam, und Shepherd, „Twenty Years of Women, Peace and Security National Action Plans“; Mirsad Miki Jacevic, „WPS, States, and the National Action Plans“, in *The Oxford Handbook of Women, Peace, and Security*, Jacqui True und Sara E. Davies (Hg.) (Oxford; New York: Oxford University Press, 2019), S. 274–89, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190638276.013.32>.

17 Hamilton, Naam und Shepherd, „Twenty Years of Women, Peace and Security National Action Plans“.

4. *Die enge Verstrickung von Sicherheit und Entwicklung.*

Die FSS-Forschung hat Analysten dazu aufgerufen, Sicherheit und Entwicklung als Bestandteile eines ganzheitlichen Prozesses zu betrachten, in dem Gewalt von wirtschaftlichen Kräften unterstützt und ermöglicht wird.¹⁸ Eine solche Sichtweise hält Wissenschaftler, Analysten und verschiedenste Stakeholders dazu an, in einen breiter gefassten Dialog zu treten. Wie bereits erwähnt, werden Initiativen im Zusammenhang mit Online- und IKT-Gewalt von diversen Institutionen auf diffuse Weise gehandhabt. Die Rolle privater Akteure, einschließlich Technologieunternehmen, verdient ebenfalls eine kritische Betrachtung, vor allem, wenn sie Verstöße auf ihren Plattformen unterstützt oder nicht zügig unterbunden haben.

¹⁸ Juanita Elias und Shirin Rai (Juni 2015), „The Everyday Gendered Political Economy of Violence“, *Politics & Gender* Band 11, Nr. 2: 424–29, <https://doi.org/10.1017/S1743923X15000148>; Maria Stern (2017), „Feminist Global Political Economy and Feminist Security Studies? The Politics of Delineating Subfields“, *Politics and Gender* Band 13, Nr. 4: S. 727–33; Jacqui True (2010), „The Political Economy of Violence Against Women: A Feminist International Relations Perspective“, *The Australian Feminist Law Journal* Band 32 Nr. 1: S. 32–59.

3. Geschlechtsspezifische Verwendung von Technologie durch extremistische Gruppen

In diesem Abschnitt geht es um die Frage, wie Technologie in den letzten Jahren von extremistischen Gruppen eingesetzt wurde, um einerseits Frauen anzusprechen und andererseits geschlechtsspezifische Gewalt zu begünstigen. Dies ist kein vollständiger Überblick, sondern soll vielmehr zum Nachdenken über die Vielfalt der Organisationen und Plattformen anregen, die an der Ausübung extremistischer Gewalt gegen Frauen und andere Mitglieder marginalisierter Gemeinschaften beteiligt sind. Zudem werden die vielfältigen und komplexen Möglichkeiten aufgezeigt, wie Technologie mit den einzelnen Säulen der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit interagieren kann.

Begünstigung physischer und sexueller Gewalt

Der Islamische Staat (IS) ist eng mit der Diskussion über extremistische Gewalt gegen Frauen verbunden. Sowohl bei den transnationalen Rekrutierungsbemühungen des IS (die im folgenden Abschnitt erörtert werden) als auch bei seiner Gewaltkampagne gegen marginalisierte Gruppen hat Technologie eine wesentliche Rolle gespielt. IKT, einschließlich sozialer Medien, hat direkt die Sklaverei und sexuelle Gewalt gegen jesidische Frauen und Mädchen sowie andere „feindliche“ Bevölkerungsgruppen des IS begünstigt. Schätzungen zufolge wurden im IS bis zu 9.000 SklavInnen verschleppt.¹⁹ Während physische Sklavenauktionen in der Regel an einigen wenigen, spezifischen Orten stattfanden, wurde auch über Online-Auktionen und -Gruppen mit Menschen gehandelt, unter anderem mittels Plattformen wie Facebook, WhatsApp, Telegram und Signal.²⁰

Mindestens ein Bericht deutet darauf hin, dass die Verwendung dieser Plattformen die Ausdehnung der Sklavenmärkte über das IS-Territorium hinaus ermöglicht hat; er verweist auf den angeblichen Verkauf von Sklav*innen an Käufer andernorts im Nahen Osten.²¹ Technologie könnte dem IS zudem helfen, den Sklavenhandel über seine territoriale Niederlage hinaus zu verlängern. Zum Stand von 2020 werden immer noch schätzungsweise 3.000 jesidische Frauen und

19 Nadia Al-Dayel, Andrew Mumford und Kevin Bales (4. Februar 2020), „Not Yet Dead: The Establishment and Regulation of Slavery by the Islamic State“, *Studies in Conflict & Terrorism* Band 0, Nr. 0: S. 1–24, <https://doi.org/10.1080/1057610X.2020.1711590>.

20 Al-Dayel, Mumford, und Bales; FIDH/Kinyat (2018), „Iraq: Sexual and Gender-Based Crimes against the Yazidi Community: The Role of ISIL Foreign Fighters“; Lori Hinnant, Maya Alleruzzo und Balint Szlanko (2016), „Islamic State Tightens Grip on Captives Held as Sex Slaves“, IS: A savage legacy | AP Explore, <http://www.ap.org/explore/a-savage-legacy/islamic-state-tightens-grip-on-captives-held-as-sex-slaves.html>.

21 Al-Dayel, Mumford und Bales, „Not Yet Dead“.

Kinder vermisst.²² Wie jesidische Familien berichten, wurden einige als Sklavinnen gehaltene Frauen bei dem hastigen Rückzug ausländischer Kämpfer aus den IS-Hochburgen an kriminelle Banden verkauft und anschließend aus Syrien geschleust.²³ Basierend auf verfügbaren Daten schätzen Forscher, dass der Verkauf oder Freikauf der noch Gefangenen zusätzliche Mittel von mehreren Millionen Dollar für dem IS nahestehende Interessen einbringen könnte.²⁴

Anderorts verbreiten Extremisten mithilfe von Technologie ihre Ideologien, die Gewalt gegen Frauen befürworten. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die neue Terrorgefahr seitens Incels und rechtsextremer Gruppen mit ihrem Diskurs der gewalttätigen Frauenfeindlichkeit. Incel ist eine Abkürzung für „involuntary celibate“, d. h. unfreiwillig zölibatär. Ursprünglich bezog sich der Begriff auf Internetnutzer, die alleinstehend waren und eine Gemeinschaft suchten, doch mittlerweile hat er sich zu einer Bezeichnung für männliche Extremisten entwickelt, darunter auch solche, die Gewalt gegen Frauen befürworten. Hoffman und Ware schätzen, dass Incel-motivierte Angriffe in den Vereinigten Staaten und Kanada etwa 50 Menschenleben gekostet haben; weitere Komplote anderswo wurden vereitelt.²⁵ Diese und andere Einschätzungen von Incel-motivierter Gewalt zitieren sehr öffentliche Vorfälle, wie die Massenmorde in Isla Vista in Kalifornien im Jahr 2014, Toronto im Jahr 2018 und Tallahassee in Florida im Jahr 2018. Es ist jedoch anzunehmen, dass sie das wahre Ausmaß der Gewalt noch unterschätzen, da sie nicht zuverlässig feststellen können, welche Rolle diese Ideologien bei der Perpetuierung von Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen, häuslicher Gewalt usw. spielen. Überzeugungen der Incels hinsichtlich der „natürlichen“ Überlegenheit von Männern und ihres Anspruchs auf die sexuelle Verfügbarkeit von Frauen bilden einen natürlichen Schnittpunkt mit anderen rechtsextremen Ansichten wie dem identitären Diskurs, der Männlichkeit preist und eine Rückkehr zu traditionellen Familienrollen fordert (z. B. dass Männer Anführer und Ernährer sind). Deshalb wird extreme Frauenfeindlichkeit auch als potenzieller Einstiegspunkt zu anderen extremistischen Gemeinschaften beschrieben.²⁶

Frauenfeindliche Gruppen sind in hohem Maße auf semiotische Formen der Gewalt und Online-Kommunikation angewiesen. Besonders besorgniserregend ist der gewalttätige Diskurs in der sogenannten „Manosphere“ – Online-Netzwerke, in denen sich Männer über ihre wahrgenommene Unterdrückung austauschen. Dieser digitale Raum umfasst eine Vielzahl an Untergruppen, angefangen von extremistischen „Incel“-Gruppen bis hin zu Communitys, die sich auf Advocacy im Rechtsbereich konzentrieren, um Gesetzesänderungen

22 Ban Barkawi (4. August 2020), „Six Years on: Yazidi Survivors See 'only Empty Promises' in Aftermath of Massacre“, *Reuters*, <https://www.reuters.com/article/iraq-war-yazidis-idINL8N2DW0XI>; Susan Hutchinson (2020), „Financing Da'esh with Sexual Slavery: A Case Study in Not Gendering Conflict Analysis and Intervention“, *Journal of Global Security Studies* Band 5, Nr. 2: S. 379–86.

23 Chloe Cornish (14. März 2019), „Yazidi Hostages Traded to Criminals as Isis Loses Ground“, <https://www.ft.com/content/cabb2f68-4570-11e9-a965-23d669740bfc>.

24 Hutchinson, „Financing Da'esh with Sexual Slavery“.

25 Bruce Hoffman und Jacob Ware (12. Januar 2020), „Incels: America's Newest Domestic Terrorism Threat“, *Lawfare*, <https://www.lawfareblog.com/incels-americas-newest-domestic-terrorism-threat>.

26 Alex DiBranco (10. Februar 2020), „Male Supremacist Terrorism as a Rising Threat“, <https://icct.nl/publication/male-supremacist-terrorism-as-a-rising-threat/>; Ashley Mattheis und Charlie Winter (2019), „The Greatness of Her Position: Comparing Identitarian and Jihadi Discourses on Women“ (London, UK: International Centre for the Study of Radicalisation), <https://icsr.info/wp-content/uploads/2019/05/ICSR-Report-%E2%80%99The-Greatness-of-Her-Position%E2%80%99-Comparing-Identitarian-and-Jihadi-Discourses-on-Women.pdf>.

bei Scheidung, Sorgerecht usw. zu erwirken.²⁷ Trotz der Bemühungen von Social-Media-Plattformen, Communitys zu verbieten, die Gewalt gegen Frauen befürworten, deuten Versuche einer Kartierung der Manosphere darauf hin, dass extremistische Inhalte weiterhin leicht zugänglich sind – selbst über populäre Social-Media-Plattformen wie YouTube, Discord und Reddit.²⁸ Ein Faktor, der die Übergänge zwischen mehr und weniger extremen Gruppen fördert, ist die Verlagerung von gewalttätiger Frauenfeindlichkeit auf eigens dafür eingerichtete Websites und weniger regulierte Plattformen (darunter 4chan und 8kun, früher bekannt als 8chan). Forscher führen diese Verlagerung auf Maßnahmen der Social-Media-Anbieter gegen Incels zurück (insbesondere das Verbot von Incel-Communitys auf Reddit).²⁹ Die fortgesetzte Existenz solcher Communitys, die Frauenfeindlichkeit befürworten und antifeministische Verschwörungen auf Mainstream-Social-Media-Plattformen vorantreiben, schafft bedauerlicherweise ein Schlupfloch, durch das Nutzer zu anderen Orten mit extremeren Diskursen geleitet werden. Diese Erkenntnisse werfen wichtige Fragen dazu auf, wie sich der Schutz der Meinungsfreiheit im Internet mit der Begrenzung des Potenzials für gewalttätigen Extremismus vereinbaren lässt.

Die Rekrutierung von Frauen durch extremistische Gruppen

Obwohl Frauen im Rahmen der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit generell als Friedensstifter und/oder besonders schutzbedürftig präsentiert werden, ist die Wirklichkeit des Engagements von Frauen in Konflikten komplexer. Frauen und Mädchen können durchaus Täterinnen in bewaffneten Konflikten sein, und die geschlechtsspezifische Rekrutierung kann für einige extremistische Gruppen strategischen Zielen dienen, wie weiter unten erläutert.

Der Einsatz von Technologie, um Frauen anzusprechen oder zu rekrutieren, ist nichts Neues. So unterschiedliche Organisationen wie al-Qaida und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens haben elektronische Medien wie Blogs, digitale Zeitschriften und Videos verwendet, um die Unterstützung von Frauen zu gewinnen.³⁰ Der Islamische Staat hat diese Rekrutierungspraxis dann auf eine neue Ebene gehoben. Frauen und Mädchen aus mindestens 50 Ländern schlossen sich dem IS an; laut Schätzungen von Cook und Vale sind über 4.000 Frauen nach Syrien gereist, um den IS zu unterstützen, was 10-13 % der gesamten Rekruten ausmacht.³¹

27 Manoel Horta Ribeiro et al. (2021), „The Evolution of the Manosphere Across the Web“, <https://arxiv.org/pdf/2001.07600.pdf>; Jie Liang Lin, „Antifeminism Online: MGTOW (Men Going Their Own Way)“, in *Digital Environments: Ethnographic Perspectives Across Global Online and Offline Spaces*, Urte Undine Frömmling et al. (Hg.) (Transcript Verlag, 2017).

28 Horta Ribeiro et al., „The Evolution of the Manosphere Across the Web“; Kostantinos Papadamou et al. (2020), „Understanding the Incel Community on YouTube“, <https://arxiv.org/pdf/2001.08293.pdf>; Matthew Sharpe (5. November 2020), „The Hate Matrix of Online Gaming“, *GNET* (Blog), <https://gnet-research.org/2020/11/05/the-hate-matrix-of-online-gaming/>.

29 Horta Ribeiro et al., „The Evolution of the Manosphere Across the Web“.

30 Alexis Henshaw (2020), „Peace with a Woman's Face: Women, Social Media, and the Colombian Peace Process“, *Contexto Internacional* Band 42, Nr. 3: S. 515–38; Seran de Leede (September 2018), „Women in Jihad: A Historical Perspective“, ICCT Policy Brief (Den Haag: International Centre for Counter-Terrorism – The Hague), <https://icct.nl/app/uploads/2018/09/ICCT-deLeede-Women-in-Jihad-Sept2018.pdf>; Vicente Llorent-Bedmar, Verónica Cobano-Delgado Palma und María Navarro-Granados (16. Februar 2020), „The Education of Muslim Women in Daesh's and Al Qaeda's Online Magazines“, *Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education* Band 0, Nr. 0: S. 1–15, <https://doi.org/10.1080/01596306.2019.1709157>.

31 Joana Cook und Gina Vale (2018), „From Daesh to 'Diaspora': Tracing the Women and Minors of the Islamic State“ (London, Vereinigtes Königreich: International Centre for the Study of Radicalisation, 2018), <https://icsr.info/wp-content/uploads/2018/07/ICSR-Report-From-Daesh-to-%E2%80%98Diaspora%E2%80%99-Tracing-the-Women-and-Minors-of-Islamic-State.pdf>.

In Narrativen über die Rekrutierung von Frauen und Mädchen durch extremistische Organisationen wurde deren Engagement bislang eher heruntergespielt. Vor allem in den Medien tendieren Berichte über extremistische Frauen dazu, ihre Handlungen mit geschlechtsspezifischen Stereotypen zu rationalisieren und ihre emotionalen Entscheidungsprozesse, affektiven Bindungen an männliche Kämpfer oder wahrgenommenen psychischen Erkrankungen in den Vordergrund zu stellen.³² Die sichtbare Präsenz weiblicher IS-Mitglieder im Internet widerspricht jedoch diesem Narrativ. Eine Auswertung von Social-Media-Posts westlicher Frauen, die sich dem IS angeschlossen haben, ließ erkennen, dass die Rekrutierung von Frauen sowohl durch wahrgenommene Missstände motiviert wurde – insbesondere das Gefühl, ihre Religion in ihrem Herkunftsland nicht frei ausüben zu können – als auch durch echtes Engagement für das IS-Projekt.³³

Aufgrund des transnationalen Charakters der IS-Rekrutierung spielten Internet und IKT für die Rekrutierung von Frauen aus dem Ausland sowie die Förderung eines gemeinsamen weiblichen Rollenverständnisses eine wesentliche Rolle. Online-Taktiken waren für die Rekrutierung von Frauen vermutlich wichtiger als für die Rekrutierung von Männern, da junge Frauen seltener Zugang zu Orten hatten, an denen Männer persönlich rekrutiert wurden.³⁴ Innerhalb des IS führte die transnationale Rekrutierung zu einer Hierarchie unter den Frauen. Aus dem IS-Territorium geflohene Frauen geben an, dass im Ausland rekrutierte Frauen – im Gegensatz zu Frauen aus Gebieten, die von der Gruppe erobert wurden – besondere Privilegien genossen, darunter die Nutzung des Internets, um ihre Rolle als Propagandistinnen zu fördern.³⁵ Wie eine aktuelle GNET-Studie zeigt, haben inhaftierte, dem IS nahestehende Frauen weiterhin soziale Medien genutzt, um finanzielle Unterstützung zu erbitten und den Gedanken eines kollektiven Missstands zu propagieren. Insbesondere haben diese Posts schlechte Bedingungen im Gefangenenlager al-Hol hervorgehoben.³⁶ Vorfälle wie diese unterstreichen die Notwendigkeit, den Status dieser Frauen und ihrer Kinder zu klären, von denen viele in einem Rechtsvakuum verbleiben.

In letzter Zeit haben Wissenschaftler versucht, die Aufmerksamkeit auf geschlechtsspezifische Trends bei der Rekrutierung durch QAnon und verschiedene rechtsextreme Gruppen zu lenken. Die GNET-Wissensdatenbank definiert QAnon als „eine dezentralisierte gewalttätige Ideologie, beruhend auf einer unbegründeten Verschwörungstheorie, nach der eine weltweit agierende, satanische, pädophile ‚Deep State‘-Elite für alles Böse in der Welt verantwortlich ist“.³⁷ QAnon steht in engem Zusammenhang mit Verschwörungstheorien rund um die Wahlen in den USA und die Covid-19-Pandemie.³⁸ Auch die

32 Laura Sjoberg und Caron E. Gentry, *Mothers, Monsters, Whores: Women's Violence in Global Politics*, 1. Aufl. (Zed Books, 2007).

33 Meredith Loken und Anna Zelenz (Februar 2018), „Explaining Extremism: Western Women in Daesh“, *European Journal of International Security* Band 3, Nr. 1: S. 45–68, <https://doi.org/10.1017/eis.2017.13>.

34 Elizabeth Pearson (2. November 2018), „Online as the New Frontline: Affect, Gender, and ISIS-Take-Down on Social Media“, *Studies in Conflict & Terrorism* Band 41, Nr. 11: S. 850–874.

35 Azadeh Moaveni (21. November 2015), „ISIS Women and Enforcers in Syria Recount Collaboration, Anguish and Escape“ *The New York Times*, Bereich: World, <https://www.nytimes.com/2015/11/22/world/middleeast/isis-wives-and-enforcers-in-syria-recount-collaboration-anguish-and-escape.html>.

36 Brune Descamps (22. September 2020), „Diaries of Female Jihadists Imprisoned in Al-Hol Camp: An Analysis“, *GNET* (Blog), <https://gnet-research.org/2020/09/22/diaries-of-female-jihadists-imprisoned-in-al-hol-camp-an-analysis/>.

37 GNET Team (15. Oktober 2020), „What is QAnon?“, *GNET* (Blog), <https://gnet-research.org/2020/10/15/what-is-qanon/>.

38 GNET Team; Marianna Spring und Mike Wendling (2. September 2020), „How Covid-19 Myths Are Merging with the QAnon Conspiracy Theory“, *BBC News*, Bereich: BBC Trending, <https://www.bbc.com/news/blogs-trending-53997203>.

Neuverpackung älterer, regierungsfeindlicher, antisemitischer und religiöser Verschwörungstheorien durch die Bewegung wird von Forschern erörtert.³⁹ QAnon-Anhänger, darunter Frauen, gehörten zu den Personen, die im Januar 2021 das US-Kapitol stürmten.⁴⁰

Obwohl QAnon keine formale Führungsstruktur hat – seine nominellen Anführer sind der anonyme Q (dessen Social-Media-Posts die Verschwörung ins Leben gerufen haben) und eine unbestimmte Anzahl von Online-Influencern, die seine Botschaften weitertragen –, hat die Bewegung eine beträchtliche Online-Präsenz entwickelt, die es Anhängern ermöglicht, Aktionen in der realen Welt zu koordinieren. In einer Umfrage von CBS News aus dem Jahr 2020 fanden 11 % der befragten Social-Media-Nutzer die QAnon-Theorien „sehr zutreffend“.⁴¹ GNET schätzt weiter, dass die Bewegung eine robuste internationale Anhängerschaft in bis zu 75 Ländern entwickelt hat.⁴²

Die starke Attraktivität der Bewegung für Frauen ist offensichtlich. QAnon war Motivation für von Frauen geleitete Demonstrationen in den USA und in Großbritannien,⁴³ und Frauen haben eine Reihe von kriminellen Handlungen im Namen von QAnon begangen, darunter Mord, Waffenhandel, Morddrohungen und tätliche Angriffe.⁴⁴ Einige der zentralen Persönlichkeiten und Meinungsmacher der Bewegung sind Frauen, darunter Politikerinnen und eine Gruppierung von „Mommy-Bloggern“, Wellness-Coaches und Lifestyle-Gurus, die kollektiv als „Pastel QAnon“ bezeichnet werden.⁴⁵ Wie Argentino anführt, war Pastel QAnon für die Verbreitung von QAnon-Überzeugungen unter Frauen besonders wichtig, weil die Bewegung darin als eine Gemeinschaft dargestellt wird, die auf Wellness und die Beendigung des Kinderhandels abzielt, während ihre Verbindungen zu Gewalt und Rassismus heruntergespielt werden.⁴⁶ Tatsächlich handelt es sich bei vielen dokumentierten Fällen von Frauen, die im Namen von QAnon agieren, um erwachsene Frauen, oft Mütter oder Großmütter.⁴⁷ Dies ist eine wichtige Infragestellung von Stereotypen über Frauen, die sich im Extremismus engagieren, insbesondere die Darstellung von Rekruten als jung und naiv.⁴⁸

39 GNET Team, „What Is QAnon?“, Gregory Stanton (9. September 2020), „QAnon Is a Nazi Cult, Rebranded“, Just Security, <https://www.justsecurity.org/72339/qanon-is-a-nazi-cult-rebranded/>.

40 Sabrina Tavernise und Matthew Rosenberg (8. Januar 2021), „These Are the Rioters Who Stormed the Nation's Capitol“, *The New York Times*, Bereich: U.S., <https://www.nytimes.com/2021/01/07/us/rioters-capitol.html>; Casey Tolan, Rob Kuznia und Bob Ortega (7. Januar 2021), „Insurrection a Stunning Show of Force for Conspiracy Groups, Extremists and Fringe Movements - CNN“, CNN, https://www.cnn.com/2021/01/07/us/insurrection-capitol-extremist-groups-invs/index.html?utm_medium=social&utm_source=twCNN&utm_term=link&utm_content=2021-01-07T07%3A50%3A54.

41 Ines Novacic, *Reverb | The QAnon Effect* (CBS News, 2020), <https://www.cbsnews.com/video/cbsn-originals-presents-reverb-the-qanon-effect/>.

42 GNET Team, „What is QAnon?“.

43 Annie Kelly (10. September 2020), „Mothers for QAnon“, *The New York Times*, Bereich: Opinion, <https://www.nytimes.com/2020/09/10/opinion/qanon-women-conspiracy.html>; Novacic, *Reverb | The QAnon Effect*.

44 Amarnath Amarasingham und Marc-André Argentino (31. Juli 2020), „The QAnon Conspiracy Theory: A Security Threat in the Making?“, Combating Terrorism Center at West Point, <https://ctc.usma.edu/the-qanon-conspiracy-theory-a-security-threat-in-the-making/>; Travis M. Andrews (11. November 2020), „She Fell into QAnon and Went Viral for Destroying a Target Mask Display. Now She's Rebuilding Her Life.“, *Washington Post*, <https://www.washingtonpost.com/technology/2020/11/11/masks-qanon-target-melissa-rein-lively/>; Kelly, „Mothers for QAnon“.

45 Marc-André Argentino (15. Oktober 2020), „Facebook, YouTube Moves against QAnon Are Only a First Step in the Battle against Dangerous Conspiracy Theories“, *The Conversation*, <http://theconversation.com/facebook-youtube-moves-against-qanon-are-only-a-first-step-in-the-battle-against-dangerous-conspiracy-theories-147883>; Eden Gillespie (2020), „Pastel QAnon: The Female Lifestyle Bloggers and Influencers Spreading Conspiracy Theories through Instagram“, *The Feed*, <https://www.sbs.com.au/news/the-feed/pastel-qanon-the-female-lifestyle-bloggers-and-influencers-spreading-conspiracy-theories-through-instagram>.

46 Argentino, „Facebook, YouTube Moves against QAnon Are Only a First Step“.

47 Siehe zum Beispiel Beschreibungen von Demonstrationen in Kelly, „Mothers for QAnon“; Novacic, *Reverb | The QAnon Effect*.

48 Laura Sjoberg (1. Mai 2018), „Jihadi Brides and Female Volunteers: Reading the Islamic State's War to See Gender and Agency in Conflict Dynamics“, *Conflict Management and Peace Science* Band 35, Nr. 3: S. 296–311, <https://doi.org/10.1177/0738894217695050>.

Aus komparativer Perspektive ist der Beitrag von Frauen zur Entwicklung und Verbreitung von QAnon-Überzeugungen allerdings kaum überraschend. Studien zu Frauen und politischer Gewalt zeigen eine lange Geschichte von Frauen auf, die als ideologische oder spirituelle Führerinnen in extremistischen Bewegungen dienen.⁴⁹ Ihre moralische Autorität als Ehefrauen und Mütter wird herangezogen, um gewalttätige Bewegungen zu legitimieren, wahrgenommene Bedrohungen für Familie und Kultur zu untermauern und Männer zu beschämen, damit sie sich dem bewaffneten Kampf anschließen.⁵⁰ Insbesondere haben sowohl QAnon als auch der Islamische Staat die Stimmen von Frauen genutzt, um ihre Botschaften zu verbreiten und Überzeugungen über angemessene soziale Rollen auszudrücken. Dabei stützen sie sich auf Methoden, die auch von anderen extremistischen Gruppen eingesetzt werden. Analysten weisen darauf hin, dass weibliche Influencer in rechtsextremen Gruppen wie der Identitären Bewegung maßgeblich dazu beigetragen haben, extremistische Botschaften zu verbreiten und sie gleichzeitig abzumildern oder mainstream-tauglich zu machen.⁵¹ Frauen waren ganz besonders an nativistischen und einwandererfeindlichen Kampagnen in den sozialen Medien beteiligt, wie im folgenden Abschnitt erläutert wird.⁵²

Semiotische geschlechtsspezifische Gewalt

Wie bereits erörtert, wirft das Konzept der semiotischen Gewalt als eine besondere Form des Schadens, die auf marginalisierte Gruppen im Online-Raum abzielt, um sie zum Schweigen zu bringen und zu diskreditieren, einzigartige Herausforderungen auf – sowohl hinsichtlich der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit als auch für das allgemeine Verständnis von „Sicherheit“. Erstens gilt es, dies überhaupt als „Gewalt“ anzuerkennen, da es nicht dem engen Verständnis von Gewalt als physischem Akt entspricht. Die zweite Herausforderung liegt darin, semiotische Gewalt als eine Verletzung akzeptierter Normen und Verhaltensweisen zu sehen. Und schließlich gilt es zu bestimmen, wo und unter welchen Umständen semiotische Handlungen ein organisiertes Vorgehen extremistischer Akteure darstellen.

Der erste Punkt ist ziemlich offensichtlich. Anders als einige der zuvor in diesem Abschnitt diskutierten Handlungen sind semiotische Handlungen oft nicht mit physischer Gewalt verbunden und liegen somit außerhalb dessen, was Wissenschaftler als minimalistische Definition von Gewalt bezeichnet haben.⁵³ Es ist also ein umfassenderes Verständnis von Schaden erforderlich. Die Arbeit zu Online- und IKT-vermittelter Gewalt zeigt, wie wichtig der Kontext ist,

49 Kim Cragin und Sara A. Daly, *Women as Terrorists: Mothers, Recruiters, and Martyrs* (ABC-CLIO, 2009); Alexis Henshaw et al. (10. November 2019), „Understanding Women at War: A Mixed-Methods Exploration of Leadership in Non-State Armed Groups“, *Small Wars & Insurgencies* Band 30, Nr. 6–7: S. 1089–1116, <https://doi.org/10.1080/09592318.2019.1649829>.

50 Cragin und Daly, *Women as Terrorists*; Joshua Goldstein, *War and Gender* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001); Sjöberg und Gentry, *Mothers, Monsters, Whores*; Alexis Henshaw, *Why Women Rebel: Understanding Women's Participation in Armed Rebel Groups* (Routledge, 2017); Jessica Trisko Darden, Alexis Henshaw und Ora Szekely, *Insurgent Women: Female Combatants in Civil Wars*, 1. Aufl. (Washington, DC: Georgetown University Press, 2019).

51 Jacob Davey und Julia Ebner, „The Fringe Insurgency – Connectivity, Convergence and Mainstreaming of the Extreme Right“ (London: Institute for Strategic Dialogue, 2017), https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/10/The-Fringe-Insurgency-221017_2.pdf; Julia Ebner und Jacob Davey, „How Women Advance the Internationalization of the Far-Right“ (Washington D.C.: GWU Program on Extremism, 2019), <https://extremism.gwu.edu/sites/g/files/zaxdzs2191/f/How%20Women%20Advance%20the%20Internationalization%20of%20the%20Far-Right.pdf>.

52 Davey und Ebner, „The Fringe Insurgency – Connectivity, Convergence and Mainstreaming of the Extreme Right“.

53 Vittorio Bufacchi (1. April 2005), „Two Concepts of Violence“, *Political Studies Review* Band 3, Nr. 2: S. 193–204, <https://doi.org/10.1111/j.1478-9299.2005.00023.x>; Krook, *Violence against Women in Politics*.

um Material zu erkennen, das zu gewalttätigen Ergebnissen führen kann. Experten führen Südasien als Beispiel an, wo das Fehlen des kulturellen Kontexts die Reaktionen verkompliziert. Was nach den Nutzungsbedingungen eines Anbieters erlaubt sein mag, wie z. B. Fotos einer Frau in freizügiger Kleidung, kann eine Quelle der Demütigung, Bedrohung oder Erpressung sein.⁵⁴ Parallel dazu stellen Jankowicz et al. fest, dass Content-Moderatoren möglicherweise mit einigen Formen der Belästigung nicht vertraut sind, z. B. mit Sprache, die auf Behinderte abzielt.⁵⁵ Extremisten sind inzwischen sehr geschickt geworden, wenn es darum geht, in den sozialen Medien die Grenzen auszureizen. Extremistische Gruppen haben Discord-Kanäle und Sites wie 4Chan und 8kun genutzt, um Memes und Videos für die Verwendung auf Mainstream-Plattformen zu erstellen.⁵⁶ Strategien wie die Verwendung kodierter Sprache, das Hijacking von Hashtags anderer und das Fälschen von Accounts wurden alle eingesetzt, um extremistische Botschaften zu verbreiten, ohne dabei unbedingt gegen die Nutzungsbedingungen zu verstoßen.⁵⁷ Die Tatsache, dass solche Kampagnen extern oder über private Kanäle koordiniert werden, verkompliziert effektive Reaktionen zusätzlich, da es sich schwierig beweisen lässt, dass die Handlungen sowohl von extremistischen Gruppen koordiniert wurden als auch mit diesen in Verbindung stehen.⁵⁸

Fragen zum Umgang mit semiotischer Gewalt sind für die sozialen Medien insgesamt relevant, aber ganz besonders im Zusammenhang mit Angriffen auf Frauen und andere marginalisierte Gruppen. In den letzten Jahren wurden mehrere organisierte Kampagnen durchgeführt, die darauf abzielten, Frauen zum Schweigen zu bringen. Dazu gehören die Bemühungen von Rechtsextremisten, den Hashtag #MeToo zu übernehmen und feministische Konversationen durch das Spammen von Hashtags wie #TakeBackTheTech mit beleidigenden Nachrichten und Bildern zum Scheitern zu bringen.⁵⁹ Ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2018 stellte fest, dass Drohungen und Belästigungen auf Twitter gegen Journalistinnen, Politikerinnen und Aktivistinnen gerichtet sind; unter diesen werden Frauen aus ethnischen oder religiösen Minderheiten, Behinderte und Mitglieder der LGBTQ-Gemeinschaft am stärksten belästigt.⁶⁰ Im Gegensatz zu Beschimpfungen, die sich gegen prominente Männer richten, sind die Angriffe auf Frauen oft gezielt geschlechtsspezifischer Natur und enthalten geschlechtsspezifische (sowie manchmal auch rassistische oder homophobe) Verunglimpfungen und beleidigende Bilder. Dies umfasst auch „Deepfake“- und „Cheapfake“-Pornografie, die darauf abzielt, Frauen zu demütigen.⁶¹

Obwohl solche Angriffe dem durchschnittlichen Internet-Nutzer wie unorganisierte „Mobgewalt“ vorkommen mag, wurden einige gezielt von Extremisten koordiniert. So war beispielsweise eine von der Neo-Nazi-Website *The Daily Stormer* mobilisierte „Troll-Armee“ an koordinierten Belästigungskampagnen gegen mehrere Frauen in

54 Sambasivan et al., „They Don't Leave Us Alone Anywhere We Go“.

55 Jankowicz et al., „Malign Creativity“.

56 Davey und Ebner, „The Fringe Insurgency – Connectivity, Convergence and Mainstreaming of the Extreme Right“; P. W. Singer und Emerson T. Brooking, *LikeWar: The Weaponization of Social Media* (Boston: Eamon Dolan/Houghton Mifflin Harcourt, 2018).

57 Davey und Ebner, „The Fringe Insurgency“; Ebner und Davey, „How Women Advance the Internationalization of the Far-Right“.

58 Davey und Ebner, „The Fringe Insurgency“.

59 Amnesty International, „Toxic Twitter“; Ebner und Davey, „How Women Advance the Internationalization of the Far-Right“.

60 Amnesty International, „Toxic Twitter“.

61 Amnesty International; Jankowicz et al., „Malign Creativity“; Krook, *Violence against Women in Politics*.

Politik und Journalismus beteiligt.⁶² Eine Schwarze Studentenföhrerin, die 2019 einen Prozess gegen den Gründer der Website gewann, hatte aufgrund der Kampagne, die diese Website gegen sie koordinierte, Angst um ihr Leben.⁶³ Dies sind typische Folgen für Frauen, die gezielt belästigt werden. Die von Amnesty International befragten Personen berichten von Angstzuständen, Schlafstörungen und Geföhlen der Entmachtung oder Demoralisierung. In vielen Fällen föhren Online-Angriffe dazu, dass Frauen sich selbst zensieren, ihre Online-Interaktionen einschränken oder die sozialen Medien ganz verlassen.⁶⁴ Nach Krook ist die Anerkennung einer breiten Definition von semiotischer Gewalt entscheidend, um das gesamte Spektrum geschlechtsspezifischer Gewalt in der Politik zu verstehen.⁶⁵ Die vorliegende Studie vertritt den Standpunkt, dass dies auch für das Verständnis des gesamten Spektrums der geschlechtsspezifischen extremistischen Gewalt im Online-Raum wichtig ist.

62 Chris Baraniuk (2017), „How to Tackle Internet Mob Rule“, *Wired UK*, <https://www.wired.co.uk/article/mob-rule-internet>; Marcus Dysch (30. Oktober 2014), „Neo-Nazi Gave out Internet Abuse Tips in Campaign against MP“, *The Jewish Chronicle*, <https://www.thejc.com/news/uk/neo-nazi-gave-out-internet-abuse-tips-in-campaign-against-luciana-berger-1.60174>; Lauren Gambino (29. April 2016), „Journalist Who Profiled Melania Trump Hit with Barrage of Antisemitic Abuse“, *The Guardian*, <http://www.theguardian.com/us-news/2016/apr/28/julia-ioffe-journalist-melania-trump-antisemitic-abuse>; Times of Israel (5. Juni 2016), „Fire up the Oven: Neo-Nazis Target Jewish Candidate in California“, <http://www.timesofisrael.com/fire-up-the-oven-neo-nazis-target-jewish-candidate-in-california/>.

63 Samantha Schmidt (10. August 2019), „Federal Judge Awards over \$700,000 to Former American University Student Targeted in Neo-Nazi ‘Troll Storm’“, *Washington Post*, https://www.washingtonpost.com/local/education/federal-judge-awards-700000-to-former-american-university-student-targeted-in-neo-nazi-troll-storm/2019/08/10/f73dca84-bb7f-11e9-bad6-609f75bfd97f_story.html.

64 Amnesty International, „Toxic Twitter“; Jankowicz et al., „Maligned Creativity“.

65 Krook, *Violence against Women in Politics*.

4. Gender-Mainstreaming in Reaktionen auf Online-Extremismus

In den vorangegangenen Abschnitten wurde erörtert, wie wichtig es ist, Extremismus und Technologie aus geschlechtsspezifischer Perspektive zu betrachten. Dadurch werden die Prinzipien der feministischen Sicherheitsforschung auf die Forschung zu Technologie und Gewalt angewendet. Eine Analyse ausgewählter Beispielfälle zeigt, dass Geschlecht von extremistischen Gruppen mit Online-Präsenz auf vielfältige Weise ausgenutzt wird. Darüber hinaus lässt sie Überschneidungen mit allen Säulen der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit erkennen. Die Beispiele zeugen von gezielter Gewalt aufgrund des Geschlechts (sowie intersektionalen Auswirkungen aufgrund von Geschlecht und ethnischer/religiöser Identität, Behinderung oder Sexualität). Damit weisen sie auf die Notwendigkeit hin, Geschlechterperspektiven in Diskussionen über die Prävention von Online-Angriffen und den Schutz von Frauen und Mädchen einzubeziehen. Da Frauen auch zu den Tätern gehören, ergibt sich daraus ferner die Notwendigkeit, Online-Radikalisierung zu verhindern und gleichzeitig die Geschlechterperspektive fest in Soforthilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen zu verankern. Übergreifend für die gesamte Studie besteht die Notwendigkeit der Partizipation, darunter die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Einbeziehung von Geschlechterperspektiven in relevanten Institutionen oder Prozessen.

Mit dem Anbruch des dritten Jahrzehnts der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit sieht die feministische Forschung beim Gender-Mainstreaming eine gemischte Erfolgsbilanz. Sie unterstreicht, dass Bemühungen zur Verhinderung oder Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus simplistische Vorstellungen von Geschlecht reproduzieren, das Potenzial für die Radikalisierung von Frauen ignorieren und Frauen unrealistische Lasten aufbürden, insbesondere in ihrer Eigenschaft als Mütter.⁶⁶ Neuere Arbeiten zu Demobilisierungs- und Gerechtigkeitsprogrammen nach Konflikten üben zudem Kritik an fortdauernden Trends der geschlechtsspezifischen Ausgrenzung.⁶⁷ All dies hat philosophische Debatten darüber ausgelöst, wie die Agenda für strategische Ziele instrumentalisiert wird, wie beispielsweise die Schaffung von Frieden oder Wirtschaftswachstum, anstatt das Leben von Frauen zu verbessern.

66 Jayne Huckerby und Fionnuala Ní Aoláin (3. Mai 2018), „Gendering Counterterrorism: How to, and How Not to – Part II“, Just Security, <https://www.justsecurity.org/55670/gendering-counterterrorism-to-part-ii/>; Emily Winterbotham (2018), „Do Mothers Know Best? How Assumptions Harm CVE“, Institute for Global Change, <https://institute.global/policy/do-mothers-know-best-how-assumptions-harm-cve/>; Elizabeth Pearson und Emily Winterbotham (4. Mai 2017), „Women, Gender and Daesh Radicalisation“, *The RUSI Journal* Band 162, Nr. 3: S. 60–72, <https://doi.org/10.1080/03071847.2017.1353251>; Rachel Schmidt (2018), „Duped: Why Gender Stereotypes Are Leading to Inadequate Deradicalization and Disengagement Strategies“, Working Paper Series (Waterloo, ON, Kanada: Canadian Network for Research on Terrorism, Security, and Society), https://www.tsas.ca/wp-content/uploads/2018/08/WP18-07_Schmidt.pdf.

67 Evelyn Pauls et al. (2020), „I Have to Speak: Voices of Female Ex-Combatants from Aceh, Burundi, Mindanao, and Nepal“ (Berlin, Deutschland: Berghof Foundation); Alexis Henshaw (1. Januar 2020), „Female Combatants in Postconflict Processes: Understanding the Roots of Exclusion“, *Journal of Global Security Studies* Band 5, Nr. 1: S. 63–79, <https://doi.org/10.1093/jogss/ogz050>; International Crisis Group (2020), „A Course Correction for the Women, Peace, and Security Agenda“, Crisis Group Special Briefing No. 5 (London und Brüssel: International Crisis Group).

Die Einbeziehung von Technologie in die Agenda bringt neue Herausforderungen und potenzielle Schwierigkeiten mit sich. So ist beispielsweise die Rolle des Staates bei der Regulierung des Cyberspace problematisch, weil einige Staaten Technologien dafür verwendet haben, feministische und LGBTQ-Aktivist*innen zu schikanieren und zu überwachen.⁶⁸ Bislang haben die Staaten zudem ihre stärksten Instrumente – nationale Aktionspläne – nicht ausreichend genutzt, um mittels Internet und IKT begünstigte Gewalt zu bekämpfen. Die Lösung dieser Probleme erfordert zudem die Einbindung multinationaler Unternehmen, die an der Technologieentwicklung beteiligt sind. Multi-Stakeholder-Initiativen sind ein Instrument, das gegenwärtig genutzt wird, um Verantwortlichkeiten festzulegen und plattformübergreifenden Missbrauch zu verhindern. Allerdings deutet einiges darauf hin, dass sie durch einen robusteren Ansatz für Gender-Mainstreaming, der kulturübergreifende und intersektionale Kontexte berücksichtigt, weiter gestärkt werden könnten.

⁶⁸ Hong Fincher, *Betraying Big Brother*; Onyesoh, Rees und Confortini, „Feminist Challenges to the Co-Optation of WPS: A Conversation with Joy Onyesoh and Madeleine Rees“; Rees und Chinkin, „How New Technologies Are Violating Women’s Rights in Saudi Arabia“; Human Rights Watch, „Russia Censors LGBT Online Groups“; Jankowicz et al., „Malign Creativity“.

Die politische Landschaft

Dieser Abschnitt wurde von Armida van Rij, Lucy Thomas und Dr. Alexi Drew verfasst. Armida van Rij und Lucy Thomas sind Research Associates am Policy Institute und Alexi Drew ist Research Associate am Centre for Science and Security Studies, alle am King's College London. Ihr Abschnitt bietet einen Überblick über den politischen Kontext des Berichtsthemas.

Einleitung

Die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit wurde im Jahr 2000 mit der Resolution 1325 vom UN-Sicherheitsrat ins Leben gerufen⁶⁹ und seitdem durch mehrere Folgeresolutionen erweitert, die sich grob in zwei Gruppen unterteilen lassen: Die erste befasst sich mit der Notwendigkeit, Frauen an Friedensprozessen zu beteiligen, und die zweite mit konfliktbezogener sexueller Gewalt. Sowohl Regierungen als auch Organisationen haben versprochen, die Verpflichtungen aus der Agenda zu übernehmen. Die Resolution umfasst vier Säulen: 1) Die Rolle von Frauen bei der Prävention von Konflikten, 2) ihre Teilhabe an der Friedensförderung, 3) der Schutz ihrer Rechte während und nach einem Konflikt und 4) ihre spezifischen Bedürfnisse während der Rückführung und Wiederansiedlung sowie bei Rehabilitation, Reintegration und Wiederaufbau nach dem Konflikt.

Dieser Bericht erörtert die politische Landschaft in einer Reihe von Rechtsgebieten und die Übernahme der Agenda in diesen Ländern.

Frauen, Frieden und Sicherheit online: Umgang mit den Herausforderungen und Beurteilung neuer Entwicklungen

Kanada

Kanadas zweiter nationaler Aktionsplan (NAP) verankert die Verpflichtung der Regierung zur Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zwischen 2017 und 2022. Er enthält allerdings keine spezifische Mittelbindung seitens der kanadischen Regierung. Dies steht im Gegensatz zum NAP von 2010, der Organisationen, die Bundesmittel erhalten, dazu verpflichtete, lokale Verhaltenskodizes für sexuelle Ausbeutung und Missbrauch zu erstellen.⁷⁰ Der NAP steht der „Canadian Feminist International Assistance Policy“ zur Seite (Kanadas Antwort auf die in Schweden, Mexiko, Luxemburg und Frankreich eingeführte „feministische Außenpolitik“).⁷¹ Er bekräftigt eine spezifische Interpretation einer „regierungsweiten“

69 <http://undocs.org/en/S/RES/1325%282000%29>.

70 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Canada-NAP-1-2010-2016.pdf> S. 5–6.

71 https://www.international.gc.ca/world-monde/issues_developpement-enjeux_developpement/priorities-priorites/policy-politique.aspx?lang=eng und <https://www.amnesty.ca/our-work/issues/womens-human-rights/feminist-foreign-policy>.

Umsetzung der Agenda: Die federführenden Behörden für den NAP sind das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, das Verteidigungsministerium, die kanadischen Streitkräfte und die Royal Canadian Mounted Police. Mit anderen Worten: Der kanadische Ansatz zur Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit bindet ein breites Spektrum von Sicherheitsbehörden ein, die sich mit auswärtigen Angelegenheiten befassen. Dieser Ansatz umfasst „Frühwarninstrumente, Reaktionen auf Naturkatastrophen, den Aufbau von Verteidigungs- und Sicherheitskapazitäten, Friedensoperationen und die Stabilisierung nach Konflikten“⁷² und bedeutet, dass der kanadische NAP vor allem auf die militärischen und humanitären Maßnahmen Kanadas im Ausland ausgerichtet ist.

Kanadas NAP zeugt von dem Einsatz für eine erweiterte Agenda jenseits traditioneller Sicherheitsbelange. Kanada beschäftigt sich darin mit der Beteiligung von Frauen in Sicherheitsorganisationen sowie mit geschlechtsspezifischer Gewalt in „fragilen, Konflikt- und Postkonfliktsituationen“; ferner verpflichtet sich das Land auch zur Wahrung „sexueller Rechte und des Zugangs zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten“ für Frauen und Mädchen in humanitären Situationen.⁷³ Der NAP enthält außerdem die Verpflichtung, sexuelle Gewalt und die Ausbeutung von Frauen und Mädchen durch internationales Personal „zu verhindern, darauf zu reagieren und die Straflosigkeit zu beenden“.⁷⁴ Dem Dokument gebührt Anerkennung für die Erwähnung von rassistisch und geschlechtsspezifisch motivierter Gewalt, basierend auf den historischen Schäden der Kolonialisierung gegen die weibliche indigene Bevölkerung. Es stellt fest, dass „indigene Frauen zwar nur 4 % der Frauen in Kanada insgesamt ausmachen, aber 16 % aller zwischen 1980 und 2012 in Kanada ermordeten Frauen indigene Frauen waren“.⁷⁵ Abgesehen davon wird Gewalt gegen Frauen innerhalb der eigenen Grenzen im kanadischen NAP jedoch nicht weiter erwähnt. Dies bedeutet, dass verschiedene Elemente nicht enthalten sind, wie zum Beispiel: Gewalt, Vergewaltigung und Mord im häuslichen Bereich;⁷⁶ Gewalt, Vergewaltigung und Mord an Sexarbeiterinnen⁷⁷ sowie Gewalt, Vergewaltigung und Mord an Trans-Personen.⁷⁸ Der NAP nimmt keinen Bezug auf online- oder internetbasierte Schäden, einschließlich Cybermobbing, Hassreden, die Verbreitung extremistischer frauenfeindlicher Gruppen und Versuche extremistischer Gruppen, Frauen zu rekrutieren.

Europäische Kommission

Im Jahr 2008 führte die EU in Reaktion auf die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats erstmals einen umfassenden Ansatz ein. Dies lieferte ein „Instrument für Regionen, um Prioritäten zu artikulieren und die Umsetzung der UNSCR1325 auf regionaler Ebene“ innerhalb Europas zu koordinieren,⁷⁹ und sollte als Leitdokument dienen, das die Einbeziehung aller Akteure in den Bereichen Verteidigung, Gender, Sicherheit und Außenpolitik ermöglicht. Darin wurde eine gemeinsame

72 <http://peacewomen.org/sites/default/files/cnap-eng.pdf> S. 8–9.

73 <http://peacewomen.org/sites/default/files/cnap-eng.pdf> S. 10.

74 <http://peacewomen.org/sites/default/files/cnap-eng.pdf> S. 10.

75 <http://peacewomen.org/sites/default/files/cnap-eng.pdf> S. 4.

76 <https://cfc-swc.gc.ca/violence/knowledge-connaissance/ipv-vpi-en.html>.

77 <https://toronto.citynews.ca/2020/02/16/murder-of-sex-worker-exposes-canadas-hypocrisy-on-prostitution-advocate/>.

78 <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/julie-berman-death-canada-trans-activist-killed-toronto-a9262711.html>.

79 <http://www.peacewomen.org/content/eu-rap>.

Herangehensweise an die Umsetzung der Resolution 1325 umrissen, die sich auf Lehren und Erfahrungen aus der Vergangenheit stützt.⁸⁰ Diesem umfassenden „dreigleisigen Ansatz“ liegt das Ziel zugrunde, „Frauen in konfliktbezogenen Situationen und in der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit zu schützen, zu unterstützen und zu stärken, um so eine Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen“.⁸¹ Das erste Element war die Integration von Themen der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit in den politischen und strategischen Dialog mit den Partnerregierungen. Das zweite Element war das Mainstreaming der Geschlechtergleichstellung in der EU-Politik. Das dritte Element war die Unterstützung „strategischer Maßnahmen, die auf den Schutz, die Unterstützung und die Stärkung von Frauen abzielen“.⁸²

Indikatoren zur Messung der Fortschritte des umfassenden Ansatzes wurden 2010 eingeführt und 2016 überarbeitet. Diese Indikatoren beinhalten eine Prüfung von Maßnahmen der EU-Partnerländern auf Länder- und Regionenebene (d. h. Maßnahmen außerhalb der EU). Dazu gehören beispielsweise die Anzahl der Partnerländer, mit denen die EU bei der Umsetzung der Agenda zusammenarbeitet, sowie verwendete EU-Instrumente zur Unterstützung der Agenda in Partnerländern. Ein zusätzlicher Schwerpunkt war die Teilhabe von Frauen, wie beispielsweise die Anzahl der Frauen, die an von der EU unterstützten Friedensverhandlungen beteiligt sind.⁸³

Die EU entwickelte anschließend 2018 den strategischen Ansatz der EU zu Frauen, Frieden und Sicherheit und 2019 den entsprechenden Aktionsplan. Dieser fordert die systematische Einbindung von Geschlechterperspektiven in alle Bereiche von Frieden und Sicherheit. Hinsichtlich EU-externer Maßnahmen wird auf die Notwendigkeit für die EU hingewiesen, Frauen und Mädchen einzubinden, zu stärken, zu schützen und zu unterstützen, um Ländern bei der nachhaltigen Entwicklung zu helfen.⁸⁴

Die jüngste Entwicklung der EU-Politik zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist der dritte EU-Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter (GAP III) von 2020. Er deckt den Zeitraum 2021–2025 ab und umreißt den „politischen und operativen Fahrplan der EU für eine geschlechtergerechte Welt“.⁸⁵ Der Aktionsplan verfolgt einen transformativen Ansatz, indem die strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit angegangen werden. GAP III beinhaltet fünf Handlungsschwerpunkte⁸⁶:

1. Effektivere Bemühungen der EU für Geschlechtergleichstellung als eine bereichsübergreifende Priorität des auswärtigen Handelns der EU in ihrer politischen und programmbezogenen Arbeit
2. Förderung des strategischen EU-Engagements auf multilateraler, regionaler und Länderebene sowie die verstärkte Umsetzung des GAP III in den Partnerländern und -regionen
3. Konzentration auf Schlüsselbereiche des Engagements

80 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST%2015671%202008%20REV%201/DE/pdf> S. 4.

81 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST%2015671%202008%20REV%201/DE/pdf> S. 11.

82 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST%2015671%202008%20REV%201/DE/pdf> S. 11.

83 <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11948-2010-INIT/de/pdf>.

84 <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/12/10/women-peace-and-security-council-adopts-conclusions/>.

85 https://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/empowering-women-and-girls_en#header-5139.

86 https://ec.europa.eu/international-partnerships/system/files/join-2020-17-final_de.pdf S. 3.

4. Einnahme einer Vorbildfunktion durch eine geschlechtersensible und im Geschlechterverhältnis ausgewogene Führung auf den höchsten politischen und Managementebenen der EU
5. Berichterstattung über die Ergebnisse sowie Einrichtung quantitativer, qualitativer und inklusiver Monitoringsysteme

GAP III geht mit der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 einher, die zur Verwirklichung des Ziels Nr. 5 für nachhaltige Entwicklung (Gleichstellung der Geschlechter) beiträgt.⁸⁷

Frankreich

Frankreich startete 2010 seinen ersten nationalen Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit für den Zeitraum 2010–2013. Dieser NAP enthielt vier übergreifende Ziele:

1. Schutz von Frauen vor Gewalt und Einsatz für die Achtung der Grundrechte von Frauen
2. Gewährleistung der Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von Konflikten und Postkonfliktsituationen
3. Sensibilisierung für die Achtung der Frauenrechte in Ausbildungsprogrammen
4. Entwicklung politischer und diplomatischer Maßnahmen⁸⁸

Dieser erste NAP wurde dafür kritisiert, dass er keinen Überwachungs- und Bewertungsrahmen enthielt.⁸⁹

Der jüngste NAP wurde 2015 veröffentlicht und deckt den Zeitraum 2015 – 2018 ab. Dieser NAP umfasste fünf Säulen:

1. Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von Konflikten und Postkonfliktsituationen
2. Schutz von Frauen vor Gewalt und Schutz der Frauenrechte in Konflikt- und Postkonfliktzeiten
3. Bekämpfung der Straflosigkeit
4. Prävention durch die Sensibilisierung für die Themen, die mit dem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt, Frauenrechte und Geschlechterrechte verbunden sind
5. Förderung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit auf regionaler und internationaler Ebene⁹⁰

Beiden NAPs fehlte ein detaillierter Überwachungs- und Bewertungsrahmen sowie ein zugewiesenes Budget.⁹¹

Frankreich erarbeitet gegenwärtig seinen dritten NAP, bei dem die Sensibilisierung für die Agenda sowie deren Mainstreaming bei nationalen und internationalen Maßnahmen zu Frauenrechten in Konflikten im Mittelpunkt stehen.⁹²

87 https://ec.europa.eu/international-partnerships/topics/empowering-women-and-girls_en#header-5139.

88 <http://1325naps.peacewomen.org/index.php/france/>.

89 <http://1325naps.peacewomen.org/index.php/france/>.

90 https://www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/women_peace_security_final_cle439e93.pdf S. 7.

91 <http://1325naps.peacewomen.org/index.php/france/>.

92 <http://1325naps.peacewomen.org/index.php/france/>.

Ghana

Der zweite nationale Aktionsplan der Republik Ghana (GHANAP 2) wurde im Jahr 2020 erneuert und umfasst einen Fünfjahreszeitraum bis 2024. Wie Ghana angibt, war ein Hauptgrund für die Verfehlung der Ziele des vorigen NAP ein „Mangel an zweckgebundenen Mitteln“.⁹³ Die Finanzierung von GHANAP 2 beruht auf einem „Multi-Stakeholder-Ansatz unter Einbeziehung inländischer und externer Quellen“, darunter Ministerien und Abteilungen der Regierung, private und Unternehmensquellen, UN-Einrichtungen, Gelder aus der Entwicklungshilfe und regionale Gremien.⁹⁴

GHANAP 2 ist erfrischend direkt. Statt Selbstlob oder Verschleierung enthält er eine ehrliche Einschätzung der vorherigen Mängel und des fehlenden politischen Interesses an der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit. Er benennt ausdrücklich das Problem, mit dem er sich auseinandersetzt. Ghana gilt zwar als „relativ friedliches Land“, leidet aber unter „immer wiederkehrenden Konfliktherden“, die sich um Ethnien-, Häuptlings-, Land- und Parteikonflikte drehen. So stellt der Plan beispielsweise fest, dass die „Aktivitäten von nomadischen Häuptlingen weiterhin eine Sicherheitsbedrohung für Frauen in bestimmten Distrikten in den Ashanti-, Ost- und Nordregionen von Ghana darstellen“, da Frauen vergewaltigt, nach Überfällen zur Flucht gezwungen oder verwitwet wurden.⁹⁵

Auch der Menschenhandel ist in Ghana ein chronisches Problem. Wie es im Plan heißt, „werden Frauen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren weiterhin von den Menschenhändlern angelockt. Ihnen wird eine bessere Zukunft als Hausangestellte in den Golfstaaten versprochen, wo sie dann größtenteils als Sexsklavinnen enden“.⁹⁶ Darüber hinaus nennt Ghana Kinderheirat, weibliche Genitalverstümmelung und sexuellen Missbrauch (was „Vergewaltigung und Schändung“ umfasst, darunter der öffentlichkeitswirksame Fall eines vierjährigen Mädchens) als Zielbereiche des Plans.⁹⁷

Diese benannten Themen lassen erkennen, dass Ghana weniger an den traditionellen internationalen Agenda-Aspekten der Sicherheit und Friedensförderung interessiert ist, sondern sich mehr auf geschlechtsspezifische Gewalt konzentriert. Dies reflektiert eine primäre Beschäftigung mit den Problemen „an der Basis“ und ist ein verständliches Resultat von Ghanas intensiven Kontakten mit der Zivilgesellschaft, darunter zum Beispiel das West Africa Network for Peacebuilding.⁹⁸

GHANAP 2 enthält einen siebenseitigen „Comprehensive Implementation Plan“, der die Aktivitäten auf die vier Säulen Partizipation, Schutz und Förderung der Rechte, Prävention sowie Nothilfe und Wiederaufbau verteilt. Zu jeder Säule benennt der Plan die Ziele, Strategien, Ergebnisse, erwarteten Resultate, Indikatoren und spezifischen Aktivitäten.⁹⁹ Der NAP enthält einen robusten Überwachungs- und Bewertungsrahmen.¹⁰⁰

93 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 6.

94 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 23.

95 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 8.

96 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 7.

97 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 7–8.

98 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 4–5 (Vorwort und Danksagung).

99 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 14–21.

100 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 22–23.

In Bezug auf Online-Schaden umfasst die Liste vorgeschlagener NAP-Stakeholder seitens Regierung und Behörden¹⁰¹ nicht die traditionellen Sicherheits- und Nachrichtendienste. Dies lässt vermuten, dass die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus und die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit derzeit noch getrennt betrachtet werden. Wie bereits in früheren GNET-Berichten erwähnt, verfügt Ghana noch nicht über eine spezifische Strategie gegen gewalttätigen Extremismus, obwohl sich dies mit dem Anstieg von Hassreden im Internet und der Verbreitung gefährlicher Verschwörungstheorien ändern könnte.

Japan

Der nationale Aktionsplan für Japan wurde 2015 veröffentlicht und hat kein spezifisches Ablaufdatum. Sein Überwachungs- und Bewertungsrahmen sieht vor, den NAP etwa alle drei Jahre zu überprüfen,¹⁰² aber es ist nicht klar, ob seitdem irgendwelche Überprüfungen stattgefunden haben oder die Pläne auf der Grundlage von Überprüfungen aktualisiert wurden. Was das NAP-Budget betrifft, bleibt Japan recht vage und erklärt lediglich, dass „die Regierung bestrebt ist, die finanziellen Ressourcen für die Umsetzung angemessen zu sichern“.¹⁰³

Im NAP wird das Basisrecht für eine geschlechtergerechte Gesellschaft von 1999 als Leitprinzip für die Verpflichtung zur „Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft als oberste Priorität bei der Entscheidung über den künftigen Kurs Japans im 21. Jahrhundert“ genannt.¹⁰⁴ Hinsichtlich seines internationalen Engagements hat Japan „die Friedensförderung als eine der Prioritäten [seiner Entwicklungshilfe] gesetzt“ und 1995 die Women in Development Initiative sowie 2005 die Gender and Development Initiative ins Leben gerufen.¹⁰⁵ In einer Erweiterung der traditionellen Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit richtet Japan seinen Blick auf große Naturkatastrophen als einen eigenständigen Anwendungsbereich der Agenda; das Land hat „seine Bemühungen verstärkt, in allen Phasen der Katastrophenvorsorge und des Wiederaufbaus eine geschlechtergerechte Perspektive einzubeziehen“. Ausdrücklicher heißt es im japanischen NAP: „Wenn Frauen [durch eine Katastrophe] schutzlos sind, ergibt sich für sie das Risiko von Menschenrechtsverletzungen. In diesem Sinne bestehen hier ähnliche Probleme wie bei Frauen in Konfliktsituationen“.¹⁰⁶

Zu den Stakeholdern des japanischen NAP gehören eine Reihe von Regierungsbehörden und -gremien, darunter das Außenministerium, das Kabinettsbüro, das Verteidigungsministerium, die nationale Polizeibehörde sowie das Ministerium für Bildung, Kultur, Sport, Wissenschaft und Technologie. Die Hauptverantwortlichen für die Umsetzung des NAP sind jedoch das Außenministerium und die Japan International Cooperation Agency.

¹⁰¹ <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2021/01/Ghana-NAP-2-2020-2025.pdf> S. 9.

¹⁰² <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 30.

¹⁰³ <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 6.

¹⁰⁴ <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 1–2.

¹⁰⁵ <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 3–4.

¹⁰⁶ <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 5.

Im japanischen NAP werden vier primäre Handlungsstränge identifiziert: Partizipation („gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an allen Phasen des Bereichs Frieden und Sicherheit“), Konfliktprävention („Förderung der Beteiligung und Führungsrolle von Frauen in allen Prozessen der Prävention, Handhabung und Lösung von Konflikten“), Schutz („Schutz verschiedener Hilfeempfänger, darunter Frauen und Mädchen, vor Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen während oder nach einem Konflikt“) sowie humanitäre Unterstützung und Wiederaufbauhilfe („Berücksichtigung der besonderen Umstände und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen“).¹⁰⁷ Diese Punkte spiegeln eine recht gängige Auslegung und nationale Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit wider.¹⁰⁸ Mit Ausnahme der humanitären Unterstützung und Wiederaufbauhilfe, die nationale Maßnahmen nach Katastrophen in Japan beinhalten, orientiert sich der NAP an den traditionellen Agenda-Themen der internationalen Sicherheit und Friedensförderung. Aus diesem Grund ist es kaum zu erwarten, dass zukünftige Iterationen des NAP in Japan explizit auch Online-Schäden gegen Frauen aufnehmen oder auf die Rolle des Internets als Kanal für geschlechtsspezifische Gewalt verweisen werden.

Neuseeland

Der nationale Aktionsplan in Neuseeland wurde 2015 veröffentlicht und deckt die Jahre bis 2019 ab. Zum Erstellungszeitpunkt dieses Berichts wurde jedoch noch keine Überprüfung oder neue Auflage des NAP veröffentlicht. Im NAP sind keine Budgetmittel vorgesehen, was bedeutet, dass jegliche zusätzliche Aktivität im Rahmen der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit oder des NAP von dem zuständigen Ministerium finanziert werden müsste.

Ein Kernanliegen des NAP ist die Beteiligung von Frauen an sicherheits- und friedensfördernden Aktivitäten in Neuseeland. Vier Seiten des Dokuments sind der Präsenz von Frauen in der neuseeländischen Polizei, dem Militär (New Zealand Defence Force, NZDF) und hochrangigen Beamtenpositionen gewidmet.¹⁰⁹ Auf weiteren sechs Seiten werden die Aktivitäten Neuseelands in der internationalen Entwicklung beleuchtet, insbesondere das Hilfsprogramm. So unterstützte das Programm z. B. in den späten 1990er Jahren „die neuseeländische Polizei beim Aufbau eines Netzwerks von kommunalen Hilfspolizisten in Teilzeit, die in den entlegeneren Dörfern und Gemeinden von Bougainville [in Papua-Neuguinea] leben und arbeiten“.¹¹⁰ Es gibt noch mehrere andere Beispiele für bilaterale Hilfsaktionen im Bereich der Polizeiarbeit. Aus diesem Grund sind polizeiliche Aktivitäten im Ausland ein Schwerpunkt des NAP, was sich auch in den federführenden Organisationen widerspiegelt: die NZDF, die neuseeländische Polizei sowie das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Handel. Keine andere Regierungsbehörde, zivilgesellschaftliche Organisation oder NRO wird in dem Dokument erwähnt oder hat irgendeine nennenswerte Verantwortung für die Umsetzung des NAP.

107 Wie bei vielen anderen NAPs bilden „Überwachung, Bewertung und Überprüfung“ einen weiteren Tätigkeitsbereich.

108 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/Japan-NAP-2015.pdf> S. 8–28.

109 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/New-Zealand-NAP-2015-2019.pdf> S. 13–16.

110 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/New-Zealand-NAP-2015-2019.pdf> S. 17.

Spezifische Maßnahmen bleiben vage. Unter jeder Säule (Prävention, Partizipation, Schutz sowie Friedenskonsolidierung, Nothilfe und Wiederaufbau) sind die Maßnahmen und sogar deren Formulierung sehr kurz gehalten und wiederholen sich weitgehend. Die Maßnahmen betreffen Advocacy, die Überprüfung von Verhaltenskodizes, die Stärkung der Rekrutierung und Förderung von Frauen im Militär sowie die Sicherstellung, dass „Frauen-, Friedens- und Sicherheitsfragen auf der Tagesordnung stehen“.¹¹¹ Es werden Indikatoren für den Fortschritt jeder Aktion genannt, aber keine spezifischen Ziele oder messbaren Ergebnisse.

Wie der NAP selbst feststellt, „kann Neuseeland auf eine langjährige internationale Führungsrolle bei der Förderung von Frauenrechten zurückblicken“.¹¹² Der enge Geltungsbereich des nationalen Aktionsplans, der so stark auf die Beteiligung von Frauen in der Polizei und den Verteidigungskräften ausgerichtet ist, sowie das fehlende Budget und die mangelnde Einbeziehung der Zivilgesellschaft entsprechen nicht dem Trend und lassen Zweifel am progressiven Ruf Neuseelands aufkommen. Es bleibt zu hoffen, dass ein zukünftiger NAP Neuseeland wieder als Vorreiter für zivilgesellschaftliche Initiativen etablieren wird.

Vereinigtes Königreich

Das Vereinigte Königreich hat als eines der ersten Länder im Jahr 2006 einen nationalen Aktionsplan zur Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit veröffentlicht. Sein Fokus in den nachfolgenden NAPs lag dabei überwiegend auf der internationalen Ebene und weniger auf der Optimierung der eigenen Politik in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit. Der aktuelle britische NAP für die Jahre 2018 bis 2022 basiert auf dem Grundsatz, dass die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit notwendig ist, um die Geschlechtergleichstellung zu erreichen und die Menschenrechte von Frauen zu erfüllen.¹¹³ Sein grundlegender Ausgangspunkt ist, dass „Menschen gewaltsame Konflikte je nach ihrem Geschlecht unterschiedlich erleben, wobei Frauen und Mädchen besonders stark betroffen sind“.¹¹⁴ Der NAP legt keine spezifischen Ziele für die britische Regierung fest. Der Fokus liegt stattdessen auf ausgewählten Ergebnissen und Schwerpunktländern, bei denen das Vereinigte Königreich einen „signifikanten Beitrag“ leisten kann.¹¹⁵ Die Schwerpunktbereiche des NAP, die sogenannten „strategischen Ergebnisse“, sind breit gefächert: Entscheidungsfindung, Friedenssicherung, geschlechtsspezifische Gewalt, humanitäre Hilfe, Sicherheit und Justiz, Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus sowie britische Fähigkeiten. Vorgesehen ist, dass diese Ergebnisse zu den Säulen der Agenda beitragen, die in der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats festgelegt wurden (Prävention, Schutz, Partizipation, Nothilfe und Wiederaufbau).

111 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/New-Zealand-NAP-2015-2019.pdf> S. 31.

112 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/New-Zealand-NAP-2015-2019.pdf> S. 10.

113 <https://blogs.lse.ac.uk/wps/2018/01/16/uk-government-launches-new-national-action-plan-on-women-peace-and-security/>.

114 https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/677586/FCO1215-NAP-Women-Peace-Security-ONLINE_V2.pdf S. 3.

115 https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/677586/FCO1215-NAP-Women-Peace-Security-ONLINE_V2.pdf S. 5.

USA

Die USA veröffentlichten ihren zweiten nationalen Aktionsplan im Juni 2016, in den letzten Monaten der Obama-Präsidentschaft. Der vorige Plan wurde im Dezember 2011 veröffentlicht, und die zweite Version ist das Ergebnis „einer umfassenden Überprüfung von Politik, Programmierung, Herausforderungen und Lehren aus den ersten drei Jahren“.¹¹⁶ Der NAP enthielt keine spezifische Mittelbereitstellung, aber da er vom Büro des Under Secretary of Defense for Policy (Staatssekretär des Verteidigungsministeriums mit Verantwortung für Politik) verwaltet wird, das „die Entwicklung und Umsetzung der Bemühungen des Verteidigungsministeriums zu Frauen, Frieden und Sicherheit koordiniert“,¹¹⁷ kann man davon ausgehen, dass dieses Ministerium zusätzliche Aktivitäten finanziert hat. Der NAP zeugt von der Tradition der USA, Dienste für Frauen und Mädchen bereitzustellen, die geschlechtsspezifische Gewalt überlebt haben, darunter „Fallmanagement, Überweisungsdienste, Gesundheitsfürsorge, Rechtsbeistand, Beratung, emotionale Heilung und Lernaktivitäten sowie sichere Räume für Kinder und Frauen“. Diese über das Office of US Foreign Disaster Assistance von USAID bereitgestellten Dienste erreichten im Jahr 2014 mindestens 2,2 Millionen Menschen und hatten einen geschätzten Wert von 21 Mio. US-Dollar.¹¹⁸ Das US-Außenministerium (Department of State) hat zudem Initiativen unterstützt, die eine stärkere Einbeziehung von Frauen in seine Bemühungen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus zum Ziel haben.¹¹⁹ Der NAP fungierte auch als spezifischer Handlungsstrang, der andere „weichere“ institutionelle Positionen und Initiativen zusammenführt, zum Beispiel die Aktivitäten des „Ambassador-at-Large for Global Women's Issues“ innerhalb des Außenministeriums und des „Senior Coordinator for Gender Equality and Women's Empowerment“ von USAID.

Der nationale Aktionsplan der USA vertrat eine erweiterte Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit, über traditionelle Sicherheits- und Friedensförderungsaktivitäten hinaus. Investitionen in den Zugang zu Technologie, z. B. Mobilfunk und Internet, wurden durch das digitale Entwicklungsprogramm von USAID unterstützt. Gesundheitsfürsorge, wie z. B. Schwangerschaftsvorsorge und -betreuung, HIV-Tests, Ernährungshilfe sowie Sanitär- und Hygienemaßnahmen, waren Teil der globalen Gesundheitsinitiative der USA. Wie es in dem NAP heißt, „arbeiten die Vereinigten Staaten auch mit konfliktbetroffenen Ländern zusammen, um sicherzustellen, dass Frauen von den priorisierten globalen Entwicklungsbemühungen profitieren“.¹²⁰ Als weiteres Kernthema der Agenda wurde der Klimawandel identifiziert.¹²¹

Die Reaktion der USA auf die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit hat sich parallel zum innenpolitischen Klima verschoben. Der NAP von 2016 spiegelte den liberalen Ansatz der Obama-Regierung hinsichtlich internationaler Beziehungen wider, doch mit dem Amtsantritt von Trump wurden viele positive Aspekte des NAP zurückgenommen. Der 2017 verabschiedete „Women, Peace, and Security Act“ sowie die 2019 veröffentlichte US-Strategie zu Frauen, Frieden und Sicherheit haben eine Verengung der Agenda

116 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 1.

117 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 5.

118 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 8–9.

119 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 10–11.

120 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 13.

121 <https://www.wpsnaps.org/app/uploads/2019/09/United-States-NAP-2-2016.pdf> S. 16.

auf traditionelle Sicherheitsarchitekturen bewirkt. Im Gegensatz zur expansiven Agenda der Obama-Ära wurden die Aktivitäten der USA zu Frauen, Frieden und Sicherheit in nur vier Behörden zusammengefasst – dem Verteidigungsministerium, dem Außenministerium, USAID und dem Ministerium für Heimatschutz¹²². Aktivitäten im Zusammenhang mit globaler Gesundheit, Klimawandel und Zugang zu Technologie wurden ganz gestrichen.

Jede dieser an der Realisierung der Strategie beteiligten Behörden verfolgt ihre eigenen Umsetzungspläne, die ihren Ansatz und ihre geplanten Aktivitäten darlegen.¹²³ Allen Plänen liegen vier relativ eng gefasste „Handlungsstränge“ zugrunde: die Unterstützung der Beteiligung von Frauen, die Förderung der Sicherheit und der Rechte von Frauen, die Anpassung internationaler Programme der USA, um die Ergebnisse für Frauen zu verbessern, und die Ermutigung von Partnernationen, die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit zu unterstützen.¹²⁴ Die Pläne des Außen- und des Verteidigungsministeriums sind dabei robuster als die anderen drei und verweisen auch auf Überwachung und Bewertung. Allerdings sind für die Messgrößen keinerlei Benchmarks oder Leistungsindikatoren vorgesehen, um Fortschritte im Zeitverlauf verfolgen zu können. Beispielsweise wird die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen anhand der „Anzahl der Engagements von wichtigen Führungskräften der US-Regierung“ gemessen, aber die USA verpflichten sich nicht dazu, die Anzahl der Engagements zu erhöhen oder zu definieren, was als „wichtige Führungskraft der US-Regierung“ zählt.¹²⁵

Die Mitwirkung der USA an der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit ist von komplexer Natur. Die Obama-Regierung hat Millionen von Dollar in eine expansive Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit investiert, die als Brücke zu den „wirksameren Zielen“ in diesem Bereich betrachtet wurde.¹²⁶ Die „Rückkehr zum maskulinen Militarismus“, die die Trump-Regierung im Act von 2017 und der Strategie von 2019 zum Ausdruck bringt und als „Untergrabung der Fortschritte“ der Obama-Regierung gesehen wird, ist insgesamt eine begrenzte Grundlage zur Bewertung der USA und der Agenda. Breiter betrachtet besteht sowohl in einer expansiven als auch in einer reduzierten Agenda das Problem, dass die USA nicht die Realität ihrer Rolle bei der Entstehung eines Großteils der Konflikte zur Kenntnis nehmen, die so oft als Beschleuniger für geschlechtsspezifische Gewalt wirken. Ohne eine Auseinandersetzung mit der eigentlichen Ursache des Problems kann der NAP oder eine Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit der USA nur begrenzt wirksam sein – denn warum sind Friedenstruppen und humanitäre Helfer überhaupt erst erforderlich?

122 Siehe: <https://www.state.gov/women-peace-and-security/>

123 Siehe: https://www.state.gov/wp-content/uploads/2020/06/20-01943-SGWI_v11_forWeb_Bookmarks508.pdf, <https://www.dhs.gov/sites/default/files/publications/wps-dhs-implementation-plan.pdf>, https://media.defense.gov/2020/Jun/11/2002314428/-1/-1/1/WOMEN_PEACE_SECURITY_STRATEGIC_FRAMEWORK_IMPLEMENTATION_PLAN.PDF, <https://www.usaid.gov/women-peace-and-security>

124 Ebd.

125 https://media.defense.gov/2020/Jun/11/2002314428/-1/-1/1/WOMEN_PEACE_SECURITY_STRATEGIC_FRAMEWORK_IMPLEMENTATION_PLAN.PDF S.19

126 <https://genderpolicyreport.umn.edu/the-women-peace-and-security-agenda-under-the-trump-administration-undercutting-advances-with-a-return-to-masculine-militarism/>

Schlussfolgerungen

Die Herausforderung liegt darin, dem Missbrauch von IKT-Plattformen durch extremistische Gruppen, die es auf weibliche Stakeholder abgesehen haben, entgegenzuwirken. Dies erfordert das gemeinsame Handeln aller Akteure, die an diesen Plattformen beteiligt sind, sich mit geschlechtsspezifischer Gewalt befassen oder an der Analyse oder Politik zu einem dieser Themen mitwirken. Ohne einen ganzheitlichen Ansatz zum Verständnis sowohl der in diesem Papier angesprochenen Themen als auch der Art und Weise, wie sie angegangen werden können, werden die entsprechenden Maßnahmen in den Regionen, auf den Plattformen und hinsichtlich der Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, die auf diesen Plattformen ermöglicht oder ausgeübt wird, weiterhin fragmentiert bleiben. Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele waren bislang vereinzelter, unkoordinierter Natur und wurden von verschiedenen Stakeholder-Gruppen durchgeführt, die ungewollt aneinander vorbei arbeiteten. Auf diese Weise haben solche Gruppen das Erreichen einer langfristigen, umfassenden Lösung nur noch weiter erschwert. Zur effektiven Bekämpfung der in diesem Bericht identifizierten systemischen Problemen, die zu geschlechtsspezifischer Gewalt und Extremismus beitragen, schlagen wir vier zentrale Verbesserungsbereiche vor:

1. Erweiterung der Stakeholder-Beteiligung, um die Vielfalt des Engagements angemessen zu reflektieren
2. Ausdehnung internationaler Gender-Mainstreaming-Bemühungen, um speziell den digitalen Raum einzubeziehen
3. Anerkennung grundlegender Standards für die Schutz- und Präventionskapazitäten privater Technologieunternehmen
4. Unvoreingenommene und umfassende Durchsetzung von Richtlinien der Content-Moderation und Nutzungsbedingungen durch Plattformen in allen Regionen

Ausbau der Beteiligung von Stakeholdern

Ohne eine kohärente Strategie, die von einem umfassenden Spektrum an Stakeholdern getragen wird, werden die Ansätze zur Gewährleistung eines sicheren digitalen Umfelds weiterhin zu kurz greifen. Private Unternehmen stehen bei der Bekämpfung spezifischer Fälle von Gewalt an vorderster Front und sind am besten mit den technischen Grenzen und Kapazitäten vertraut, die für dieses Ziel genutzt werden können, doch andererseits fehlt ihnen beim Einsatz dieser Kapazitäten oft das Verständnis für die weiteren Auswirkungen und Sekundäreffekte, die entstehen können.¹²⁷ Darüber hinaus sollte es privaten Unternehmen nicht in Alleinverantwortung überlassen werden, zu klassifizieren, was angemessene Inhalte sind und was nicht.¹²⁸

Die naheliegendste Lösung ist die Erweiterung der Gruppe von Stakeholdern, die an der Ausarbeitung eines ganzheitlichen Ansatzes zum Umgang mit dem Thema geschlechtsspezifische

¹²⁷ T. Gillespie, P. Aufderheide, E. Carmi, Y. Gerrard, R. Gorwa, A. Matamoros-Fernández, S. T. Roberts, A. Sinnreich und S. Myers West (2020), „Expanding the debate about content moderation: scholarly research agendas for the coming policy debates“, *Internet Policy Review* Band 9, Nr. 4. Abgerufen: <https://policyreview.info/articles/analysis/expanding-debate-about-content-moderation-scholarly-research-agendas-coming-policy>.

¹²⁸ Jillian York und Corynne McSherry (2019), „Content Moderation is Broken. Let us Count the Ways.“, Electronic Frontier Foundation. Abgerufen: <https://www.eff.org/deeplinks/2019/04/content-moderation-broken-let-us-count-ways>.

Gewalt und Online-Extremismus beteiligt werden. Ein breiteres Spektrum von Stakeholdern repräsentiert eine breitere Vielfalt von Gemeinschaften und Identitäten, die diese Art von Schaden erfahren. Unterschiedliche Stakeholder tragen unterschiedliche Kapazitäten zu den gemeinsamen Bemühungen bei. Technologieunternehmen können sowohl technisches Wissen als auch genaue Daten darüber liefern, wie ihre Plattformen für schädliche Zwecke genutzt werden.¹²⁹ Zivilgesellschaftliche Gruppen wiederum sind umfassend damit vertraut, wie sich diese Arten von Schaden auf die Gemeinschaften auswirken, die sie vertreten. Staatliche Stakeholder bieten rechtliche und institutionelle Governance und können so sicherstellen, dass getroffene Entscheidungen und Strategien mit größerer Wahrscheinlichkeit aufgegriffen und als Best Practices umgesetzt werden.

Diese Stakeholder-Community, die auf ein gemeinsames, gemeinschaftliches Ziel hinarbeitet, dient zudem als wirksames Regulativ, sollten die Motivationen einzelner Stakeholder oder Stakeholder-Gruppen dem Ziel und der Richtung der gemeinschaftlichen Bemühungen widersprechen. Ein solcher Mechanismus zur Selbstkorrektur potenziell widersprüchlicher Motivatoren hilft zugleich, öffentliches Vertrauen in die Stakeholder-Gruppe und ihre Ergebnisse aufzubauen.

Ausdehnung des Gender-Mainstreaming auf den digitalen Raum

Auf internationaler, institutioneller Ebene lautet unsere Empfehlung, die Bemühungen zur festen Verankerung eines geschlechtsspezifischen Ansatzes in Sicherheitsfragen ganz ausdrücklich auf Online-Räume und -Plattformen auszudehnen. Bei den einschlägigen Bemühungen der Vereinten Nationen sind diese Themen nicht berücksichtigt, wodurch ihnen nicht die nötige Aufmerksamkeit zukommt, die vermutlich den Diskurs um sie beleben und die Chancen definitiver Maßnahmen zu ihrer Umsetzung verbessern würde.

Die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die nationalen Aktionspläne, die von UN-Mitgliedsstaaten im Rahmen dieses Programms erstellt wurden, zeigen, wie wirkungsvoll eine internationale, institutionelle Plattform sein kann, um Aufmerksamkeit zu wecken und einen Dialog anzuregen. Auch wenn die einzelnen Nationen bei der Umsetzung der Agenda leicht unterschiedliche Ansätze gewählt haben, ist doch das Bewusstsein dafür gestiegen, und in vielen Fällen sind konkrete erste Schritte auf dem Weg zu einem inklusiven Multi-Stakeholder-Ansatz in diesen Fragen zu verzeichnen.

Daraus folgt, dass diesem derzeit unterrepräsentierten Thema – der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit – mehr Aufmerksamkeit und eine höhere Priorität zukäme, wenn sie als Mittel zur Bündelung der derzeit fragmentierten Bemühungen zur Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischer Gewalt und Extremismus genutzt würde. UN-Mitgliedsstaaten, die bislang ihre Bereitschaft signalisiert haben, sich mit den historischen Komponenten der Agenda zu befassen

¹²⁹ Europäische Kommission (2020), „The Digital Services Act: ensuring a safe and accountable online environment“. Abgerufen: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/europe-fit-digital-age/digital-services-act-ensuring-safe-and-accountable-online-environment_de.

und dabei ein breites Stakeholder-Engagement und ein Verständnis der sich überschneidenden Hierarchien mit geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, würden dies auch hinsichtlich der zusätzlichen Online-Komponente tun.

Grundlegende Standards für Schutz und Prävention

Private Technologieunternehmen verfahren seit Langem nach dem Motto: „Move fast and break things“ (auf Deutsch etwa „Bewegt euch schnell und macht Dinge kaputt“). Dies beschreibt treffend die Beweggründe einer Branche, die sowohl ihre Nutzerbasis als auch ihre Gewinnmargen durch halsbrecherische Innovationen ausgebaut hat und dabei ihre Fehler erst im Nachhinein behebt, wenn überhaupt. Einige dieser Unternehmen haben in der Öffentlichkeit mittlerweile Abstand von den Werten genommen, die dieses Motto vertritt. Andere, neue Marktakteure halten jedoch an solchen alten Denkweisen fest und lassen die Probleme rund um Online-Gewalt, mit denen sich ihre etablierteren Wettbewerber bereits auseinandergesetzt haben, effektiv neu aufleben.

Diese Dynamik führt dazu, dass Fortschritte bei den technischen und politischen Bemühungen von Technologieunternehmen durch Fortschritte anderer Art wieder zunichte gemacht werden. Innovationen, die es Unternehmen ermöglicht haben, ihren Marktanteil an Social-Media-Nutzern zu erhöhen oder eine ganz neue Nutzerbasis zu gewinnen (im Falle neuer Unternehmen), bedeuten nicht unbedingt Innovationen, was die Verhinderung von Gewalt auf der Plattform betrifft. Gewinnorientierte Innovationen bringen neue Methoden der Interaktion und Formen der Online-Gewalt hervor, bei denen die oft mühsam aus früheren Iterationen gelernten Lehren vergessen oder beiseite geschoben werden.¹³⁰

Es gilt also, einen kulturellen Wandel zu fördern, bei dem identifiziert wird, was etablierte Unternehmen und neue Akteure dazu bewegt, die Art von Innovation zu verfolgen, die der Schnelligkeit mehr Gewicht gibt als die Berücksichtigung der Probleme, die der Prozess später verursachen könnte. Anreize für die Art von Innovation, die technische und politische Kapazitäten für die Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt als ein unwesentliches Merkmal betrachtet, das man zugunsten von Wettbewerbsvorteilen fallen lassen kann, sollten ersetzt werden.

Umfassende Durchsetzung von Strategien für Schadensprävention und Schutz

Technologieunternehmen haben sich damit auseinandergesetzt, mit welchen Mitteln ihre Plattformen zur Ausübung von Gewalt gegen Frauen und Minderheitengruppen genutzt wurden, und sie haben fast alle Nutzungsbedingungen oder Community-Richtlinien verabschiedet und angepasst, die ihre Nutzer vor dieser Art von Schaden schützen sollen. Während diese Regeln über nationale Grenzen und Regionen hinweg universell anwendbar sind – unabhängig davon, ob es innerstaatliche Anreize oder gesetzliche Anforderungen gibt –, war ihre umfassende Anwendung nicht immer so klar.

¹³⁰ Biz Carson (2020), „Moderation can't wait: The challenges startups like Clubhouse face trying to build community“, Protocol. Abgerufen: <https://www.protocol.com/moderation-clubhouse-building-community>.

Aufgrund der riesigen Mengen an nutzergenerierten Inhalten, die auf jeder einzelnen Online-Plattform produziert werden, ist die Chance, eine perfekte Einhaltung dieser Regeln zu gewährleisten, sehr gering. Bemühungen um die Entwicklung effektiver Prozesse und Werkzeuge für die Content-Moderation, um diese Standards so effektiv wie möglich durchzusetzen, sind jedoch noch lange nicht allgemein verbreitet. Unternehmen mit Sitz in den USA – Heimat der meisten Plattformen, die mit dieser Art von Problemen konfrontiert sind – neigen dazu, sich auf Schadensbegrenzungsstrategien aller Art zu konzentrieren. Ihre Innovationsbemühungen hinsichtlich der Methoden, mit denen sie ihre Regeln und Community-Richtlinien durchsetzen, konzentrieren sich vor allem auf Regionen oder Staaten, in denen sie eine bedeutende Nutzerbasis haben. Diese Dynamik gefährdet jene Regionen oder Gebiete, in denen die Nutzerbasis nicht signifikant genug ist; für Unternehmen ist die Investition in ressourcenintensive Moderationswerkzeuge oder Personal nicht kosteneffektiv, was bedeutet, dass solche Regionen über eine ausgesprochen minderwertige Palette an Schutzmechanismen gegen digitale Gewalt verfügen.

Entscheidungen über Kapazitäten und Kompetenzen für die Content-Moderation sollte nicht auf Grundlage von Kosteneffizienz oder der Größe der regionalen Nutzerbasis getroffen werden. Ein solcher Ansatz führt zur Fortsetzung und Verfestigung bestehender Ungleichheiten und systemischer Quellen von Gewalt, online und offline. Die Allgemeingültigkeit der Nutzungsbedingungen oder Community-Richtlinien einer Plattform, die eine gewalttätige Nutzung der Plattform verbieten, sollte nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern auch in der Praxis.

Feministische Sicherheitsstudien: ein effektives Rahmenwerk

Den obigen Empfehlungen liegt das Ziel zugrunde, geschlechtsspezifische Reaktionen auf Online-Extremismus in einer Weise zu verankern, die die Ausarbeitung wirksamer Strategien ermöglicht und gleichzeitig durch die Einbeziehung eines breiten Spektrums von Stakeholdern mehr Vertrauen in diese Bemühungen schafft. Die Inklusivität dieses Ansatzes dient hierbei mehreren Zwecken. Sie sorgt für eine Vielfalt an Erfahrungen hinsichtlich der Verhaltensweisen von Extremisten im Internet und stellt sicher, dass die gemeinsamen Ziele der Gruppe ein Regulativ zu den individuellen Motivationen einzelner Akteure oder Typen von Akteuren darstellen.

Diesen Empfehlungen liegen die Prinzipien der feministischen Sicherheitsstudien (FSS) zugrunde. Eine breitere Definition von Gewalt ist entscheidend, wenn es darum geht, Arten von Schaden zu erfassen, die oft eher in einem digitalen als in einem physischen Raum auftreten.¹³¹ Die FSS bieten uns ein breiteres Rahmenwerk für das Verständnis von Gewalt, das die Arten von nicht-physischen Schäden, die in den heutigen Online-Umgebungen auftreten, effektiver abdeckt. Als Rahmenwerk bieten die FSS zudem eine Möglichkeit, sich mit der globalen Reichweite von Online-Räumen auseinanderzusetzen

¹³¹ So ist semiotische Gewalt zum Beispiel eine Form von Gewalt, die offensichtlich in Online-Räumen floriert und bei der Sprache, Bilder oder Kommunikation gegen Frauen eingesetzt werden, um sie zum Schweigen zu bringen oder ihre Handlungsfähigkeit einzuschränken.

und gleichzeitig ein flexibles Verständnis zu entwickeln, das den Wechselwirkungen zwischen Geschlecht und verschiedenen sozialen Hierarchien und Konstrukten und der daraus resultierenden enormen Bandbreite an Erfahrungen geschlechtsspezifischer Online-Schäden verschiedenster Schwere und Art Rechnung trägt.

Letztendlich sind die FSS in ihrem Kern ein Verständigungsrahmen, der den Aufbau von Vertrauen zwischen verschiedenen Arten von Stakeholdern in den Mittelpunkt stellt, um zukünftigen Machtmissbrauch zu verhindern. Zugleich soll sichergestellt werden, dass Maßnahmen zur Verringerung und letztendlichen Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt diese nicht ungewollt verlängern oder auf eine andere Gemeinschaft abwälzen. Aufbauend auf diesen Prinzipien kann ein Ansatz entstehen, der sich ideal für die von extremistischen Akteuren auf Online-Plattformen ausgeübten Formen von Gewalt und Missbrauch eignet. Unser digitales und unser physisches Leben sind zunehmend untrennbar geworden, und es würde nur wenig Aufwand erfordern, auf den bereits erzielten Fortschritten bei der Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt aufzubauen und diese Überlegungen auch auf den Online-Bereich auszudehnen. Dies würde nicht nur dazu dienen, den Minderheitengruppen bereits zugefügten Schaden zu negieren, sondern könnte auch als nachhaltiger Präzedenzfall dafür dienen, wie sich diese Technologien und die von ihnen geschaffenen Räume in Zukunft entwickeln werden.



KONTAKTANGABEN

Im Falle von Fragen oder zur Anforderung weiterer Exemplare wenden Sie sich bitte an:

ICSR
King's College London
Strand
London WC2R 2LS
Vereinigtes Königreich

T. **+44 20 7848 2098**
E. **mail@gnet-research.org**

Twitter: **[@GNET_research](https://twitter.com/GNET_research)**

Wie alle anderen GNET-Publikationen kann auch dieser Bericht kostenlos von der GNET-Website unter www.gnet-research.org heruntergeladen werden.